

MITTEILUNGEN

Humanistische
Union

der HUMANISTISCHEN UNION e.V.

Zeitschrift für Aufklärung und Bürgerrechte

Mehr Mut zur Demokratie!

Die Kapitelüberschriften des (bündnisgrünen) Grundsatzprogramms beginnen alle mit dem Wort *Aufbruch*. Über den *Aufbruch* zur Erneuerung der Demokratie soll jetzt diskutiert werden. Handelt es sich dabei um eine Analyse unserer heutigen Situation, befinden wir uns in einer Aufbruchphase, oder um eine Aufforderung, daß ein Aufbruch - vielleicht wegen allzu großer Schläfrigkeit - erforderlich sei?

Vermutlich das zweite. Die Klage über eine allgemeine Politikverdrossenheit und Politikferne ist allgemein. Warum? Nach meiner Einschätzung, weil die Bürgerinnen und Bürger - keine Glaubwürdigkeit der Politik und der Politiker mehr sehen,

- den Eindruck haben, „die da oben machen ja doch was sie wollen, wir haben keinen Einfluß“,
- weil ein Freiheitsbewußtsein, ein Streben nach Selbstbestimmung sich entwickelt hat, welches kaum Resonanz in der Politik findet.

Wenn diese scherenschnittartige Analyse richtig ist, müssen die Parteien in der Tat einen Aufbruch zur Erneuerung der (und das heißt zu mehr!) Demokratie wagen, wie es Willy Brandt in seinem Wahlkampf forderte, denn die Demokratie lebt nur von engagierten, selbstbewußten demokratischen Bürgerinnen und Bürgern.

Willy Brandt hat in seiner damaligen Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 gesagt: „Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde“

Fortsetzung auf Seite 2



*„Mehr Demokratie wagen? Wozu? Heute sind die Folgen von 68 bis in die Union hinein so stark wirksam, dass Selbst ein bayerischer Kanzlerkandidat nicht mehr recht bange machen will.“ (Albrecht von Lücke: *Etapfen eines schleichenden Endes? in vorgänge 137*). Dieses Logo ziert eine skurrile Utopie zum *Schmunzeln und Nachdenken: „Der grüne Diktator“* von Peter Gorf (ersch. 1980 im Verlag Windelberg, Hersbruck).*

Verbandstag zum Sommerbeginn

Sommerbeginn in Düsseldorf am Rhein - damit stehen Ort und Termin für den HU-Verbandstag 2002 fest: **Vom 21. bis 23. Juni (Achtung, neuer Termin!) sind alle Mitglieder herzlich eingeladen zu einem sicher spannenden HU-Wochenende.** Dieses beginnt am Freitag um 19 Uhr mit einer öffentlichen Veranstaltung zur Erosion der Grundrechte nach den „Schily-Paketen“. Die frühere Bundesjustizministerin und HU-Beirätin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB hat ein Referat mit dem Arbeitstitel „Abschied vom Grundgesetz?“ (Burkhard Hirsch) zugesagt. Als Grundlage für die anschließende Diskussion kommt auch die polizeiliche Praxis zu Wort. Zu einem Kurzkommmentar ist der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Fritz Behrens angefragt.

Diese Veranstaltung sowie der Verbandstag finden statt im Weiterbildungszentrum WBZ beim Düsseldorfer Hauptbahnhof (Bertha-von-Suttner-Platz 1, Ostausgang des Bahnhofes) im Saal 2. Die Vorbereitung vor Ort einschließlich der Vorauswahl der Hotels und ein kleines Kulturprogramm hat freundlicherweise der OV Düsseldorf übernommen.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt:

- 1 Mehr Mut zur Demokratie!
- 1 HU-Verbandstag zum Sommerbeginn - Einladung
- 4 Neuere Lebensformen für Ältere
- 6 Der Bayernkurier entdeckt die HU
- 7 Bilanz Gefangenembriefkontakte
- 7 HU-Diskussionsredaktion
- 8 HU-Pressemitteilungen
- 12 HU-Tagungsberichte und -hinweise
- 13 Aus dem Beirat
- 16 Buchbesprechungen
- 20 HU-Nachrichten

Mehr Mut zur Demokratie!

Fortsetzung von Seite 1

und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten. Das Selbstbewußtsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen.“

Vielleicht ist dies ein weiterer Grund, warum der Bundesvorsitzende der HUMANISTISCHEN UNION um einen Beitrag gebeten wurde.

Alles was ich im Demokratiekapitel gelesen habe, ist richtig. Aber da ist viel Allgemeines, viel Grün, viele schöne Worte. Vieles – oder das meiste – könnte auch in anderen Parteiprogrammen stehen, könnte auch von Otto Schily oder Edmund Stoiber unterschrieben werden, und weder wir Bürgerrechtler noch vermutlich die Grünen möchten doch mit diesen beiden in einem Boot sitzen. Forderungen in einem Grundsatzprogramm sollten dynamischer, pointierter, zukunftsweisender, ja teilweise vielleicht aggressiver oder gar plakativer formuliert werden. Sie müssen unverwechselbar sein, Profil zeigen. Dies möchte ich an einigen Beispielen deutlich machen.

1. Im Kapitel VIII über Elemente der *direkten Demokratie* heißt es, es sollten „Beteiligungsrechte gestärkt“ werden. Warum so zaghaft? Wenn ich als ein wesentliches Element der verbreiteten Politikverdrossenheit die berechnete Ein-

schätzung der Bürger genannt habe „die da oben machen ja doch, was sie wollen“, dann muß nicht irgend etwas gestärkt werden, dann brauchen wir eine klare Forderung, zum Beispiel: „Wir wollen mehr direkte Demokratie, mit geringem Quorum und umfassender Zuständigkeit.“

Ich glaube nicht, daß die Politik dadurch besser wird, aber auch nicht schlechter. Das Argument, unsere heutige Welt sei so kompliziert, der Bürger verstehe das nicht oder das Volk reagiere emotional und sei demagogisch verführbar und deshalb dürfe man ihm nicht so viel Recht geben, ist doch schlicht falsch. Oder will jemand behaupten, mehr als vielleicht 10 oder 20 der insgesamt über 600 Abgeordneten hätten bei der Abstimmung über die Steuerreform die komplizierten Regelungen verstanden, besser als das Volk? Wer von den Abgeordneten weiß denn überhaupt, daß 90 Prozent bis 95 Prozent aller Gewerbebetriebe keine Gewerbesteuer mehr bezahlen, beziehungsweise kann mir erklären, warum das so ist (weil die Gewerbesteuer bei Personengesellschaften auf die Einkommensteuer angerechnet wird).

Und zum Thema Demagogie: Das Flugbenzin wurde seinerzeit auf die Forderung eines einzigen Menschen, Franz-Josef Strauß, einstimmig – nicht vom Volk! – vom Bundestag steuerfrei gestellt, und später wollte es keiner gewesen sein. Der Wähler hat auch nicht Hitler an die Macht gebracht. Bei der letzten freien Wahl am 6. November 1932 erhielt seine Partei nur 33,1 Prozent der Stimmen und selbst bei der schon nicht mehr freien Wahl nach seiner Machtergreifung am 5. März 1933 errangen

Fortsetzung auf Seite 3

Verbandstag zum Sommerbeginn

Fortsetzung von Seite 1

Der Samstag ist dem großen Thema der Menschenwürde gewidmet. Hierzu führt der Bundesverfassungsrichter a.D. Dr. Jürgen Kühling vom Bundesvorstand der HUMANISTISCHEN UNION ein. Unter dem übergreifenden Aspekt der Menschenwürde werden zwei aktuelle gesellschaftliche Problemfelder thematisiert. Zu einen die Debatte zur Bioethik, hierzu trägt Prof. Dr. Tim Hering vom neu gegründeten HU-Arbeitskreis Bioethik mit einem Impulsreferat bei. Zur Menschenwürde von Ausländern in Deutschland führt Volker Maria Hügel ein, Vorstandsmitglied von *Pro Asyl* und Mitglied der *Härtefall-Kommission* in NRW. Voraussichtlich am Sonntag ist eine Debatte geplant zum ebenfalls hochaktuellen Thema „Europa-Konvent“ beziehungsweise „Europäische Verfassung“.

Daneben wird es sicherlich weitere interessante Diskussionen und Gespräche mit HU-aktiven Menschen geben, unter anderem beim geplanten gemeinsamen Essen am Samstagabend. Verbandstage sind immer eine gute Gelegenheit, die Arbeit der HU und aktive Mitglieder persönlich kennen zu lernen. Interessierte und Neugierige sind herzlich eingeladen, dabei zu sein.

Übernachtungsmöglichkeiten

Zimmer sind vorreserviert in zwei direkt beieinanderliegenden Hotels. Achtung: Die Zimmer müssen bis spätestens Ende April reserviert werden.

Hotel Imperial, Venloer Str. 9, 40477 Düsseldorf, Tel. 0211-49136-0, siehe auch im Internet: <http://www.hotelimperial-duesseldorf.de>, Einzelzimmer: 52,- EUR, Doppelzimmer: 72,- EUR jeweils mit Frühstück und *Hotel Doria*, Duisburger Str. 1 A, 40477 Düsseldorf, Tel. 0211-499192, Einzelzimmer: 47,- EUR, Doppelzimmer: 68,- EUR.

Beide Häuser liegen im Stadtteil Pempelfort ca. 3,5 km nördlich vom Hauptbahnhof, nahe der Rheinterasse und ca. 15 Gehminuten von der „Kö“. Vom Bahnhof aus sind die Hotels einfach so zu erreichen: U-Bahn-Steig Richtung „Messe Duisburg“ (U78/ U 79) und dann vier Stops bis Haltestelle „Nordstraße“ (von dort ca. 200 m Fußweg). Für Autofahrer befindet sich ein zentrales Parkhaus am Seitenflügel des Hauptbahnhofes (Östausgang). Weitere Infos zu Düsseldorfer Veranstaltungen und Citypläne liegen beim Verbandstag aus. Weitere Zimmer vermittelt die Düsseldorfer Tourist-Information, Tel. 0211-172020, Immermannstr. 65 b, gegenüber dem Hauptbahnhof. Preiswerte Zimmer für jüngere Mitglieder sind evtl. verfügbar in der Jugendherberge Ratingen, Tel. 02102-20400, die JuHe in Düsseldorf ist leider belegt. Einige private Übernachtungsmöglichkeiten sammelt der Ortsverband Düsseldorf, Nachfragen hierzu gerne ab Juni über die HU-Bundesgeschäftsstelle.

Übrigens: Nachgewiesene Übernachtungs- und Fahrtkosten können als Zuwendung an die HU gebucht und auf die Einkommensteuer angerechnet werden!

Tobias Baur

Fortsetzung von Seite 2

die Nationalsozialisten nur 43,9 Prozent. Das Ermächtigungsgesetz, welches ihm plein pouvoir gab, unter Ein-schluß des Verstoßes gegen die Verfassung wurde nicht vom ach so dummen oder manipulierbaren Volk beschlossen, sondern am 24. März 1933 von den Abgeordneten des Reichstages - mit Ausnahme einer einzigen Fraktion! Und ein Beispiel aus der neuesten Gegenwart: Gegen das Zuwanderungsgesetz hat die CDU nicht etwa deshalb gestimmt, weil die Inhalte von denen ihrer eigenen Zuwanderungskommission so erheblich abwichen, sondern ausschließlich aus taktischen Gründen wegen des Bundestagswahlkampfes in diesem Jahr.

Angst vor dem bösen oder gefährlichen Souverän, dem Volk braucht also niemand zu haben. Aber dem Bürger mehr tatsächliche Mitbestimmungsmöglichkeiten zu geben, würde der Politikverdrossenheit entgegenwirken und mehr demokratisch engagierte Bürger, notwendige Grundlage unserer Demokratie, schaffen. Und warum nicht als Überschrift für dieses Kapitel: „Wir haben keine Angst vor dem Volk!“

2. *Demokratisierung Europas.* Neben der rechtsverbindlichen Verankerung der bisher nur deklaratorischen Grundrechtecharta in den Verträgen ist die Demokratisierung - und damit Herstellung von Öffentlichkeit und von mehr Mitwirkung - der wichtigste Punkt für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Es darf nicht so bleiben, daß die Minister in vertraulichen Ministerratsrunden beschließen und anschließend die Folgsamkeit der nationalen Parlamente einfordern. Europol ist ein schlimmes Beispiel. Eine Polizeibehörde, deren Mitglieder für ihr Handeln ausdrücklich nicht zur Verantwortung gezogen werden dürfen - und dies obendrein ursprünglich noch durch ein Protokoll, welches die Regierungen vor den Parlamenten geheimhalten wollten! Hier muß klar Position bezogen werden, und zwar in einem Parteiprogramm nicht in Form einer diplomatisch verklausulierten Erklärung des Außenministers, daß Mitentscheidungsrechte des Parlaments gefordert werden - so im Europakapitel Zeile 249 - sondern klar: *Wir fordern, daß verbindliche Rechtsvorschriften in Europa nur noch vom öffentlich tagenden und debattierenden Europäischen Parlament beschlossen werden.*

Nicht Mitwirkungsrechte des Parlaments, sondern Mitwirkungsrechte des Ministerrats. Das muß die Forderung sein.

3. *Demokratie verlangt Öffentlichkeit, Transparenz.* Alles Geheime ist vom Grundsatz her demokratiewidrig und fördert, wie in den letzten Jahre zunehmend deutlich wird, Korruption. Das beste Mittel dagegen ist Öffentlichkeit. Daraus folgt:

a) Die Demokratie fordert ein *umfassendes Informationsfreiheitsgesetz*, wie es etwa die skandinavischen Staaten bereits seit hunderten von Jahren haben. Demokratische Willensbildung ist nur möglich mit Wissen; Wissen, das häufig genug in amtlichen Akten vor dem Souverän geheimgehalten wird. Wir brauchen ein Informationsfreiheitsgesetz mit umfassenden Einsichtsrechten der Bürger - nicht nur in Umweltbelangen - und einem Auskunftsanspruch über alles, was der Staat über ihn weiß.

b) Dazu gehört die Forderung: *Keine Überwachung des Bürgers, kein Datensammeln auf Vorrat; der Bürger ist nicht Objekt, sondern Subjekt des Staates.* Übrigens alles Aussagen

unseres Bundesverfassungsgerichts. Bis zum Beweis des Gegenteils ist davon auszugehen, daß die Bürgerinnen und Bürger rechtstreu sind und folglich nicht vorbeugend kontrolliert und überwacht werden dürfen; keine verdachtslose Kontrolle, keine flächendeckende Videoüberwachung.

c) Die *Geheimdienste* sind das Gegenteil von öffentlich und demokratiefördernd. Sie sind auch überflüssig. Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz hat weder Terrorakte noch verfassungswidrige Bestrebungen verhindert oder aufgeklärt, für die Beobachtung und Analyse der NPD oder DVU brauche ich keinen Verfassungsschutz, das tun die Bürger, und die Medien. Der Auslandsgeheimdienst BND hat uns vor keinem Angriff von Außen gewarnt noch auch nur den Zusammenbruch des Ostblocks vorausgesehen. (Zitate Schmidt und Kohl) Die Geheimdienste begehen mehr Straftaten als sie verhindern (Celler Loch, Schmücker-Prozeß, Panzer als landwirtschaftliche Geräte für Israel). Als Geheimbehörden sind sie Fremdkörper in einem demokratischen Rechtsstaat, sie sind auch nicht kontrollierbar und gehören abgeschafft. Ein grünes Grundsatzprogramm braucht die plakative Überschrift: „Wir fordern den gläsernen Staat statt des gläsernen Bürgers.“ Nur das ist demokratiewürdig.

4. Demokratie fordert und fördert *Pluralismus in der Gesellschaft.* So steht es auch in Kapitel II und III des Programmentwurfs. Der Pluralismus ist nur aufrecht zu erhalten, solange nicht eine der

Fortsetzung auf Seite 4

Präsentation des Grundrechte-Report 2002

Bereits der sechste *Grundrechte-Report* wird in den nächsten Wochen gedruckt und gebunden vorliegen und wie bisher kostenlos - mit der Bitte um eine kleine Gabe - an die HU-Mitglieder überreicht. Wie seine leider immer noch größtenteils aktuellen Vorgänger benennt die jüngste Ausgabe teils gravierende Verstöße gegen Geist und Buchstaben der Verfassung in kurzer und prägnanter Form.

Der Grundrechte-Report 2002 wird in Berlin **am Dienstag, den 4. Juni ab 11 Uhr im Bundespresseclub** (Schiffbauerdamm 40) nahe dem Bundestag vorgestellt. Der ursprünglich geplante Termin zum Verfassungstag wurde wegen des gleichzeitigen Staatsbesuches des USA-Präsidenten verlegt. Die diesjährige Buchpräsentation wird von mehreren Personen übernommen, die Koordination der Veranstaltung hat Ulrich Finckh für die GHI übernommen.

Mit neuen Kräften startet das Projekt *Grundrechte-Report* in das siebte Jahr: Der verantwortliche Herausgeberkreis (GHI, Komitee, BAKJ und HÜ) wird künftig erweitert durch den *Republikanischen Anwältinnen und Anwälteverein*, den *Verband Demokratischer Juristinnen und Juristen* sowie *Pro Asyl*. Die Beteiligten erwarten von dieser Verstärkung eine bessere Verbreitung und Rezeption unseres häufig gelobten, aber zu wenig gelesenen und beachteten (!) Jahrbuches.

Tobias Baur

Fortsetzung von Seite 3

vielen gesellschaftlichen Kräfte Zugriff auf den Staat erhält und damit die anderen dominieren kann. Deshalb steht mit gutem Grund im noch gültigen Grundsatzprogramm die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche. Hier macht mir als Bürgerrechtler Sorgen der Antrag des Kreisverbandes Heinsberg mit der Forderung nach einem Kapitel „Kirchen als Teil der Zivilgesellschaft“, gegen dessen erste 20 Zeilen nichts einzuwenden ist. Kirchen können in der Tat in vielen Bereichen Bündnispartner von Bündnis 90/Die Grünen sein wie auch von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, das Eintreten für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte für die Schwachen eint uns. Aber die Kirchen sind eine gesellschaftliche Kraft unter vielen anderen und dürfen keine Sonderrechte haben. 30 Prozent der Bewohner von Deutschland gehören schon heute nicht den großen christlichen Kirchen an, und von den restlichen 70 Prozent sind vielleicht nur 5 Prozent wirklich überzeugte Gläubige. Deshalb dürfen die christlichen Kirchen keine Sonderrechte erhalten, und auch das Eintreten der Grünen für Behinderte rechtfertigt es nicht, wie es der Antrag von Heinsberg 153-1 fordert, das Modell der „hinkenden Trennung“ von Kirche und Staat zu loben. Pluralismus und Toleranz fordern weiterhin *die strikte Trennung von Staat und Kirche*.

5. Was wir Bürger wollen, was Sie wollen, ist nicht nur Demokratie im Sinne von „das Volk soll wählen, das Volk soll entscheiden, das Volk soll herrschen“. Wir wollen die *freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie*. Wir wollen den Bürger mit aufrechtem Gang, mit geradem Rückgrat, der seine Freiheitsrechte nutzt und zu nutzen wagt. Die Demokratie lebt von solchen Demokraten.

Gustav Radbruch, der Rechtsphilosoph und sozialdemokratische Justizminister der Weimarer Republik, hat in seiner Rechtsphilosophie gesagt: „Demokratie ist gewiß ein preisenswertes Gut, Rechtsstaat aber ist wie das tägliche Brot, wie Wasser zum Trinken und wie Luft zum Atmen, und das Beste an der Demokratie gerade dieses, daß nur sie geeignet ist, den Rechtsstaat zu sichern.“

Neuere Lebensformen für Ältere und alte Menschen*

1. Ausgangspunkt: Die Gesellschaft ist mit ihren Wert- und Leitbildern im wesentlichen auf die Zielvorstellungen des jüngeren bis mittleren Erwachsenenalters gerichtet. Sie greift dabei auf eine Vorstellung vom Lebenszyklus zurück, in der Kindheit und Jugend als Vorbereitung auf eine durch Arbeit, Beruf und Familie geprägte lebenserfüllende Phase des mittleren Alters angesehen wurden. Der dritte Lebensabschnitt, das Alter, war demgegenüber relativ kurz und durch den Rückzug aus dem aktiven Lebens und eine ebenfalls seinerzeit kurze Phase der Unterstützung und gegebenenfalls Pflege geprägt. Diese Vorstellung mit daraus abgeleiteten Lebensformen wird der heutigen Realität des demographischen Aufbaus der Gesellschaft nicht mehr gerecht. Während einerseits ein Anstieg der mittleren Lebenserwartung für Männer auf 84 und für Frauen auf 88 Jahre zu verzeichnen ist, nimmt die Dauer des aktiven Berufslebens absolut und relativ ab. Damit gewinnt die sogenannte „dritte Lebensphase“ die Bedeutung eines eigenständigen Lebensabschnitts. Er macht rund ein Viertel bis zu einem Drittel des Lebens aus.

Dieser Rechtsstaat mit seinen Freiheitsrechten, die für ihn konstitutiv sind, ist in Gefahr. Er wird seit den 70er Jahren, seit der RAF-Angstmacherei, damals noch gegen den erbitterten Widerstand von Otto Schily, abgebaut. Er wird scheinbar durch Sicherheits- und Terrorismushysterie verkleinert, bis nichts mehr da ist. Ich selbst war als Sachverständiger geladen im Deutschen Bundestag. Mit Ausnahme der drei Präsidenten vom Bundesverfassungsschutz sowie vom Bayerischen Landesverfassungsschutz und Landeskriminalamt haben sich alle Sachverständigen gegen das angebliche Terrorismusbekämpfungsgesetz ausgesprochen, denn es hat mit Terrorismusbekämpfung nichts zu tun, dient lediglich der Überwachung von uns allen und stigmatisiert jeden Ausländer als potentiellen Straftäter. Burkhard Hirsch hat in seinem berühmten Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* vom 2.11.2001 gesprochen vom *Abschied vom Grundgesetz*. Benjamin Franklin, der Verfassungsvater der amerikanischen Verfassung, hat davor gewarnt: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.“

Der Sicherheitsfanatismus der Innenminister und Innenpolitiker aller Parteien vermag nicht, mehr Sicherheit zu bringen, ist aber eine der größten Gefahren für unsere Demokratie. Denn die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte, die zunehmende - und oft geheime - Überwachung der Bürgerinnen und Bürger beschädigt in den Worten des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts das Gemeinwohl, die Demokratie, weil der überwachte Bürger sich nicht mehr traut, in Freiheit seine Meinung zu sagen und dafür zu kämpfen. Deshalb schlage ich vor, die Kapitelüberschrift in Ihrem Grundsatzprogramm zu ergänzen: *Aufbruch zur Erneuerung der Demokratie - zum freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat*.

Dr. Till Müller-Heidelberg,

Dieser Beitrag wurde am 16. März als Gästrede zur Programmdebatte von Bündnis 90/ Die Grünen auf deren Bundesdelegiertenkonferenz vorgetragen und bezieht sich auf das Kapitel „Aufbruch zur Erneuerung der Demokratie“ des grünen Grundsatzprogramms.

Eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit liegt in der Aufgabe, das Leben im Alter entsprechen den individuellen, aber auch den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu gestalten. Soll dies gelingen, so ist eine Umorientierung der Gesellschaft nötig, die Alter als Bereicherung begreift und die sich in allen Lebensbereichen (zum Beispiel Arbeitswelt und Bildungswesen) auswirken muss.

2. Fakten zum Älterwerden heute: Menschen, die heute das 80. Lebensjahr erleben, haben noch eine mittlere Lebenserwartung von 8 Jahren. Damit wird Hochaltrigkeit, das heißt das Erreichen des 90. und weiterer Lebensjahre, das zum Beispiel Anfang der 70er Jahre noch eine Ausnahme war, zu einem weit verbreiteten Phänomen. Im 21. Jahrhundert werden in den Industriestaaten nach offiziellen Schätzungen mehr als 50 Prozent aller Personen älter als 80 Jahre sein. Wie die OECD-Daten ausweisen, ist dieser Zuwachs an Lebensjahren nicht mit einem entsprechenden Aufkommen an Behinderungen und Einschränkungen verbunden. Im Gegenteil, mit der steigenden Lebenserwartung *Fortsetzung auf Seite 5*

Fortsetzung von Seite 4

hat auch die Anzahl sogenannten „behinderungsfreier Jahre“ deutlich zugenommen. Somit erreicht heute die weit überwiegende Mehrheit alter Menschen bei lange erhaltener guter Gesundheit und Leistungsfähigkeit ein hohes Alter.

Wie die gerontologische Forschung gezeigt hat, ist nicht mit einer generellen Abnahme intellektueller Fähigkeiten im höheren Alter zu rechnen. Die Intelligenz gilt als bis zum 75. Lebensjahr voll erhalten. Später zeigt sie teilweise veränderte Muster, jedoch kann nach heutiger Auffassung nicht von einer grundsätzlich eingeengten intellektuellen Leistungsfähigkeit gesprochen werden. Auch das psychische Befinden ist bis ins hohe Alter bei heute Hochaltrigen gut. Das verbreitete Vorurteil einer zunehmend rigideren und in ihren Grundzügen karikaturhaft hervortretenden Persönlichkeit gilt als widerlegt.

Alte Menschen haben gegenüber jüngeren einen deutlichen Vorsprung an „Lebenskompetenz“: Der Umgang mit emotionalen Konflikten fällt leichter und ist erfolgreicher, es besteht in höherem Maße die Fähigkeit, weiterführende Lösungen zu entwickeln. In intellektueller Hinsicht zeigt sich ein Vorsprung in der Fähigkeit zum integrativen Denken, so dass ältere Menschen in besonderem Maße über die Fähigkeit verfügen, aus unterschiedlichen Tatbeständen und Erkenntnisse neue Einsichten und innovative Denkansätze zu gewinnen

Entsprechend der Ausgangsbasis einer bis ins hohe Alter erhaltenen generellen Kompetenz sind bei alten Menschen auch die Ansprüche an das Leben gestiegen. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass Eheschließungen bei über 80-Jährigen heute keine Seltenheit mehr darstellen oder in den weit verbreiteten Bemühungen älterer Menschen, sich moderner Informationstechnologie zu bedienen.

3. Derzeitiger gesellschaftlicher Umgang mit dem Alter:

Alte Menschen erscheinen in der öffentlichen Diskussion, vor allem unter wirtschaftlichen Aspekten überwiegend als Belastung. Dies trifft insbesondere für die Bereiche Renten und Gesundheitswesen einschließlich Pflege zu. So werden zum Beispiel im Gesundheitswesen vielfältige medizinische Entwicklungen und Aktivitäten mit der steigenden gesundheitlichen „Alterslast“ begründet und von Leistungsträgern, vor allem den Krankenkassen im Gegenzug vom „sozialverträglichen Absterben“ der alten Generation gesprochen. Alter wird somit in großem Umfang unter dem Aspekt eingeschränkter Leistungsfähigkeit, Behinderung, Pflegebedarf und hoher Gesundheitskosten gesehen.

Alte Menschen werden darüber hinaus von der jüngeren Generation als psychische Belastung erlebt, zum Beispiel in Familien, bei Pflegekräften aber auch in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung und Akzeptanz. Die Belastung bezieht sich dabei sowohl auf psychologische Sachverhalte als auch auf soziale Komponenten, Letzteres zum Beispiel hinsichtlich Besitzstandsverteilung zu Gunsten Älterer, Leben zu Lasten der jüngeren Generation und ähnlichem.

Im Gegensatz dazu werden die Verdienste alter Menschen für die Gesellschaft als gestrige angesehen und ihnen deshalb kompensatorisch dazu der Ruhestand zugestanden. Ihre starke potentielle und teilweise konkrete Rolle in der Gesellschaft, zum Beispiel als Verbraucher wird noch unzureichend gesehen. So gut wie gar nicht wird ihr Potential der konkreten (nicht nur einer ideellen) Bereicherung der Gesellschaft durch die Möglichkeit aktiver gesellschaftlicher Leistungen gesehen.

Diese Situation ist nicht mehr angemessen im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit heute alter Menschen. Sie ist auch im Hinblick auf einen gesellschaftlichen Bedarf, zum Beispiel bei der Erfüllung geistig, kulturellen oder edukativen Aufgaben (zum Beispiel in der Erwachsenenbildung, Forschung, wie Kontinuitätsforschung, Nachhaltigkeitsforschung und bei der Verhinderung einer Entkoppelung älterer Menschen vom [Informations-] technologischen Fortschritt) nicht mehr angemessen. Alle diese Aufgaben legen eine aktive Mitgestaltung alter Menschen nahe.

4. Fazit: Angesichts dieser Situation sollte darüber nachgedacht werden, ob es sich die Gesellschaft leisten kann, eine wachsende Gruppe noch durchaus leistungsfähiger Menschen zu passiven Rentenempfängern für eine Lebenszeit, die in der Regel schon heute die Hälfte oder zwei Drittel der Dauer des Berufslebens ausmacht, werden zu lassen.

So stellt sich die Frage, ob nicht eine regelhafte Einbeziehung alter Menschen in gesellschaftliche Aufgaben vorstellbar ist.

5. Perspektiven: Auch in Deutschland bestehen bereits einige sehr wertvolle Modelle, bei denen ältere Menschen aktiv in gesellschaftliche Aufgaben einbezogen werden, zzum Beispiel im Schulwesen und bei der vorschulischen Kinderbetreuung. Ebenso existieren Vermittlungsstellen für Ehrenämter für Ältere. Der Zuspruch gegenüber entsprechenden Initiativen zeigt, dass Aktivität im Alter mit gesellschaftlich anerkannter Sinnhaftigkeit einem weit verbreiteten Bedürfnis vieler älterer Menschen entspricht.

Grundsätzlich diskussionswürdig erscheinen:

- Neue Weg eines gestaffelten Berufsausstiegs mit der Aufhebung einer starren Altersgrenze.
- den Bezug der Rente an eine (selbstverständlich flexibel an den individuellen Kapazitäten orientierte) verpflichtende ehrenamtliche Tätigkeit zu koppeln (zum Beispiel angesichts der allgemeinen Klage über finanzielle Engpässe in den Kommunen könnten auf diese Weise Arbeitsleistungen erbracht werden, für die sonst im Stellenplan keine Möglichkeiten bestehen. Ein weiteres Beispiel stellt die in Deutschland sehr schwache Forschungsförderung dar. Viele Forschungsprojekte leiden deshalb unter teilweise unverantwortlichen personellen Engpässen. Warum sollen nicht die entsprechend ausgewiesenen Fachleute ihr Arbeitspotential anteilig entsprechenden Projekten zur Verfügung stellen?)
- Gewährung gewisser steuerlicher oder sonstiger Vergünstigungen bei Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Es kann davon ausgegangen werden, dass eine wie auch immer geartete Nutzung des Humankapitals älterer Menschen für die Gesellschaft gleichzeitig die durch ältere Menschen gegebenen sozialen und gesundheitlichen Belastungen senkt. Gerontologische Forschungsergebnisse weisen aus, dass Aktivität eine der wirksamsten Mittel darstellt, bis ins hohe Alter gesund und leistungsfähig zu bleiben.

Daten aus dem Gesundheitswesen sprechen dafür, dass dem Gesundheitswesen durch die Altenpopulation teilweise soziale Aufgaben zufallen, die sich aus einem Mangel an Lebensinhalten im Alter ergeben und zu deren Bearbeitung das Gesundheitswesen ungeeignete Wege nämlich die einer meist teuren und ineffektiven Medikalisation geht.

Prof. Dr. Gisela Charlotte Fischer

* Dieses Papier entstand als Diskussionsgrundlage für einen gleichnamigen HU-AK in Niedersachsen, der sich auf Anregung der Verfasserin gegründet hat.

Der Bayernkurier entdeckt die HUMANISTISCHE UNION

Der *Bayernkurier* sorgte sich in der Ausgabe vom 20. Dezember 2001 um ein bevorstehendes Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes: Konrad Riggenmann, Lehrer an einer bayerischen Volkshochschule, hatte es als erster Lehrer gewagt, das Kruzifix in den Klassenräumen seiner Schule zu beanstanden. Die Befürchtungen des *Bayernkurier* waren begründet. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entschied am 2. Januar 2002 zugunsten des Lehrers.

In diesem Zusammenhang erinnerte sich der *Bayernkurier* daran, dass die HU München im Januar 1999 den Preis *Aufrechter Gang* an das Ehepaar Sepp Obermeier und Chung Yec Tang-Obermeier verliehen hatte. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen erstritt das Ehepaar schließlich im April 1999 das „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverwaltungsgerichts. Durch dieses Urteil wurde die restriktive bayerische Schulpraxis bei der Umsetzung des „Kruzifix-Beschlusses“ des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 1995 gemildert. Wenn es um „aggressive Glaubensfeindlichkeit“ gehe, dann würde sich die HU auch mit anderen Gruppierungen zusammenschließen, schrieb der *Bayernkurier* und erwähnte namentlich den *Bund für Geistesfreiheit*, den *Deutschen Freidenker-Verband* und die Initiative *Kirche von unten*.

Gemeint war ein von der Münchener Arbeitsgruppe *Trennung von Staat und Kirche* herausgegebenes Flugblatt zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. April 1999. Das Flugblatt enthielt auch einen Musterbrief für die Eltern, die die Entfernung des Kreuzes aus dem Klassenraum ihres Kindes wünschten (siehe HU-MITTEILUNGEN Nr. 168, Seite 110). Auf dem Flugblatt waren neben den bereits genannten Organisationen die *HU Bayern*, die *Deutschen Unitarier* und der *Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten* als Unterstützer angegeben.

Die Informationen von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern in Bayern über ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Kreuz in Klassenräumen ist für den *Bayernkurier* also Ausdruck von „aggressiver Glaubensfeindlichkeit“.

„Hinter diesen Bemühungen verbergen sich nicht nur namenlose Atheisten, sondern teils überaus prominente Leute“, schrieb der *Bayernkurier* weiter und nannte die HU-Beiratsmitglieder Burkhard Hirsch, Renate Künast, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Heribert Prantl und Heidemarie Wiczorek-Zeul. Den Theologen Wolfgang Ullmann vergaß der *Bayernkurier* in dieser Aufzählung.

In der Ausgabe vom 10. Januar 2002 beschäftigte sich der *Bayernkurier* dann in zwei Artikeln mit dem inzwischen ergangenen Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes im Fall des Lehrers Konrad Riggenmann. Allgemein herrschte Unverständnis über den Richterspruch, bemerkte der *Bayernkurier* und berief sich dabei auf das erzbischöfliche Ordinariat zu München, den CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag Alois Glück, die Bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier und den CSU-Generalsekretär Thomas Goppel.

„Im vorliegenden Fall bestehen überdies Zweifel an der Gewissensnot des Klägers. Seine Rechtsanwältin war in vergleichbaren Prozessen schon für die atheistische HUMANISTISCHE UNION und für den weidlich bekannten Kreuz-

Bekämpfer Josef Obermeier aus Bruckmühl tätig. Man glaubt hier ein System zu erkennen, was den ganzen Vorgang keineswegs sympathischer macht“, stellte der *Bayernkurier* abschließend fest.

Es war sicher sehr verdienstvoll, dass Frau Rechtsanwältin Adelheid Rupp in den Fällen Obermeier und Riggenmann die Vertretung vor den Verwaltungsgerichten übernommen hatte. Für die HU war Frau Rupp jedoch bisher nicht tätig – weder „in vergleichbaren Prozessen“ noch in vergleichbaren Fällen.

Der HU-Bundesvorsitzende Till Müller-Heidelberg stellte in einem Leserbrief an den *Bayernkurier* den Sachverhalt richtig und schrieb bezüglich der „atheistischen“ HU folgendes: *Die HUMANISTISCHE UNION ist auch keine atheistische Vereinigung, sondern hat seit ihrer Gründung 1961 Theologen in ihren Reihen. Sie ist vielmehr eine Bürgerrechtsorganisation, die sich – verkürzt ausgedrückt – für die Verteidigung und den Ausbau der Grundrechte unserer Verfassung einsetzt. In diesem Zusammenhang tritt sie auch für die Trennung von Staat und Kirche ein.*

Im konkreten Fall heißt das: Aufgrund der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (Artikel 4 des Grundgesetzes) haben Kreuze und Kruzifixe ihren Platz in Kirchen und Gemeindehäusern. Es steht auch jedem frei, in seiner Wohnung („Herrgottswinkel“) ein Kreuz oder Kruzifix anzubringen.

In der Bundesrepublik Deutschland leben Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse sowie konfessionsfreie Bürgerinnen und Bürger. Nach dem Grundgesetz ist die Bundesrepublik Deutschland weder ein christlicher „Gottesstaat“ noch gibt es eine Staatskirche. Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates gebietet daher, in staatlichen Einrichtungen – wie Schulen und Gerichten – keine religiösen oder weltanschaulichen Symbole anzubringen. Das gilt auch für den Freistaat Bayern.

Mit einem solchen Text mochte der *Bayernkurier* seine Leserschaft nicht zu konfrontieren. Der Leserbrief blieb unveröffentlicht und der *Bayernkurier* berichtete auch nicht seine falsche Behauptung über die vermeintliche Tätigkeit von Frau Rechtsanwältin Rupp für die HU.

Wie lautet doch die Ziffer 3 des Pressekodex des Deutschen Presserates? „Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen.“

Der Versuch, die HUMANISTISCHE UNION als „atheistisch“ zu diskreditieren, ist im übrigen nicht neu. Bereits Ende 1963 sah sich die HUMANISTISCHE UNION gezwungen, gegen die Bezeichnung „atheistischer Freidenkerverband“ in einem Lexikon des Herder-Verlages eine einstweilige Verfügung zu beantragen. Um eine gerichtliche Auseinandersetzung zu vermeiden, erklärte sich der Herder-Verlag zu einer Änderung des Lexikon-Eintrages bereit, in dem die Worte „atheistischer Freidenkerverband“ nicht mehr vorkamen.

Gerhard Saborowski

3 1/2 Jahre Gefangenenbriefkontakte - Bilanz 2001

Dank der Unterstützung verschiedener Illustrierter und der taz gelang es uns auch in diesem Jahr, eine Menge Leute für Briefkontakte mit Inhaftierten zu gewinnen. Sie kommen aus unterschiedlichsten sozialen Schichten und melden sich aus vielfältigen Motiven heraus. Oft sind es Menschen, die im weitesten Sinne im sozialen Bereich arbeiten oder gearbeitet haben, und meistens sind es Frauen aller Altersgruppen. Rückmeldungen belegen, dass viele eine ganz neue Sicht auf „Knast“ gewinnen und dieser Gedankenaustausch sie durchaus bereichert an Wissen und Erfahrung.



In den JVA und Forensiken müssen wir keine Reklame machen, der Name der HUMANISTISCHE UNION wird per Mundpropaganda gehandelt. Inzwischen kommt Post aus

mehr als 140 Anstalten - von Bützow bis Kempten, von Gildern bis Cottbus. Allein 2001 haben sich 470 Häftlinge um Briefwechsel bemüht, diese habe ich an 425 Menschen von „draußen“ zu vermitteln versucht, mit einer geschätzten Erfolgsquote von 60 bis 70 Prozent. Mit der Zeit hat sich auch herumgesprochen, dass wir keine Partnervermittler sind. Trotzdem passiert es, dass Kontakte nicht zustande kommen, weil von Seiten der Häftlinge zu hohe Erwartungen gestellt werden.

Dieses erfolgreiche Projekt hat der HU besonders bei der „Durchschnittsbevölkerung“ einen gewaltigen Imagegewinn gebracht. Inhaftierte verbinden die HU mit dem Gedanken, „die hilft uns“. So bleiben Bitten um Unterstützung bei Problemen mit der Justiz oder dem Vollzug nicht aus. Es ist nur schwer zu vermitteln, dass wir uns in vollzugliche Abläufe nicht einmischen können. Trotzdem glaube ich, wir sollten wenigstens jedem Schreibenden eine Antwort zukommen lassen. Manchmal genügt der Hinweis auf eine andere Institution, der Name eines Rechtsanwaltes oder auch nur eine Relativierung der Probleme. Meine persönliche Meinung ist, in der HU gibt es unzählige kluge Köpfe, fachlich kompetente Theoretiker. Sie kümmern sich um alles, was im weitesten Sinne Bürgerrechte verletzt. Aber ich vermisse die konkrete Hilfe für den Einzelnen. Wenn einer der von mir betreuten Häftlinge konkrete Hilfe sucht, dann findet er die nicht bei der HU, sondern zum Beispiel bei der *Nothilfe Birgitta Wolf e.V.* Murnau - die weist niemanden ab.

Vielleicht sollte sich die HU dem Thema Strafvollzug intensiver zuwenden. Es gibt eine Menge Verstöße gegen das Strafvollzugsgesetz - manche könnte man durchaus als Menschenrechtsverletzung auslegen. Das betrifft zum Beispiel mangelnde ärztliche Versorgung von Schwerkranken. Bei der taz ist jemand für „Briefe aus dem Knast“ zuständig - wie wäre es, wenn sich auch bei der HU jemand dafür fände?

Helga Engel

HU-Diskussionsredaktion

Parteienfinanzierung korrigieren

„Unsere Demokratie bedarf dringend einer Auffrischung“ schrieb Tobias Baur zum Thema Volksabstimmung. Das gilt ebenso für die HUMANISTISCHE UNION (HU). Ihre Mitglieder sollten erkennen, dass die eben in Reaktion auf die Ereignisse des 11. September vorgenommene drastische Einschränkung der Bürgerrechte auch ein Beweis für ein Scheitern der Strategie ist, Bürgerrechte allein durch die Einflußnahme auf eine meinungsbildende und prominente Elite wahren oder gar fördern zu wollen. Die Einschränkung war durchsetzbar, weil die Bevölkerung nicht darüber aufgeklärt ist, dass ihre Menschenrechte nur durch ihre Bürgerrechte geschützt sind und dass Informations-, Meinungs- und Bewegungsfreiheit in Form der Freiheit von staatlicher Überwachung nicht allein der privilegierten Elite zugute kommt, die sie am intensivsten nutzen kann und zu nutzen weiß. Dieses Aufklärungs-

defizit erklärt, warum es gegen den erfolgten Schritt hin zum „autoritären Staat“ keinen breiten Protest gegeben hat. Die in der HU versammelte kritische Intelligenz kann daraus lernen, dass ihre eigenen Freiheiten vom Freiheitsbewußtsein der gesamten Bevölkerung abhängen.

Der HU-Begründer Gerhard Szczyzny hat sich selbst sehr wohl um eine breitere Aufklärung bemüht. Die ist aber erstens immer auch Selbst-Aufklärung und zweitens ein Prozess, der nie abgeschlossen werden kann.

Viele Gesellschaftsmitglieder können Parteien und Politiker immer weniger als Vertreter ihrer Grundinteressen betrachten, sehen sie vor allem mit dem Ziel agieren, sich selbst an der Macht zu halten, dafür nötfalls Partei-Grundsätze und individuelle ethische Grundsätze zu opfern. Doch sie verfügen

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

über keine Möglichkeit, dagegen zu protestieren. Eine Wahl-Enthaltung wird nicht den aktiven und bezahlten Mitgliedern des Politiksystems zur Last gelegt, sondern denen, die sich nicht mehr in der Lage sehen, auch nur ein kleinstes Übel zu wählen: sie werden der politischen Apathie beschuldigt.

Daran ließe sich etwas ändern, werden doch die deutschen Parteien unter Bezug auf ihre öffentliche Aufgabenstellung seit 1959 ganz wesentlich mit staatlichen Mitteln finanziert. Dabei ist der von ihnen zu führende Wahlkampf speziell zu berücksichtigen.

Mein Vorschlag läuft darauf hinaus, als weiteren Korrekturfaktor die Wahlbeteiligung einzuführen. Dazu wäre zunächst eine Einigung über eine „normale Wahlbeteiligung“ nötig. Wird diese genau erreicht, bleibt alles, wie es ist. Wird sie überschritten, erhalten sämtliche Parteien einen festgelegten, mit der Beteiligungshöhe progressiv anwachsenden zusätzlichen Betrag pro Wählerstimme. Wird sie unterschritten, müssen sie einen ebenfalls progressiv anwachsenden Abzug hinnehmen. Die übrigen Finanzierungsregeln müssten darauf abgestimmt werden, dass die Parteien eine Wirkung ihres gemeinsamen Vermögens oder Unvermögens, Wähler an die

Urne zu bringen, als Belohnung oder Bestrafung deutlich zu spüren bekommen. Es dürfte also kein Ausgleich stattfinden, selbst wenn das zu einem Überschreiten der bisher als absolut gesetzten Obergrenze führen würde.

Auf diese Weise würde der Spieß einmal umgedreht, würden Parteien und Politiker für das Wahlverhalten der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Selbst wenn der Anreiz für Reformen mit dem Ziel bessere Wählbarkeit gering sein mag – sie würden immerhin gezwungen, sich mit dem Problem der Wahlenthaltung auseinanderzusetzen, und diese würde bei jeder Wahl erneut zu einem öffentlich beachteten und diskutierten Thema werden. Der Gefahr, dass durch solch eine Möglichkeit Wählerinnen und Wähler dazu animiert werden könnten, den politischen Akteuren die rote Karte zu zeigen, würde durch die zu erwartende Repolitisierung begegnet. Die könnte das gesamte Politiksystem beleben und dazu beitragen, dass etwas von der idealen Balance zwischen ihm und dem Wirtschaftssystem wiedergewonnen wird, die durch die Dominanz der Global Players im letzteren verlorengegangen ist.

Ein bißchen Umdenken wäre für eine solche Initiative, die von Fachleuten präzisiert werden müsste, allerdings schon nötig.

Akelei Fischer

HU-Pressemitteilungen

Telekommunikationsnetz wird Fahndungsnetz

Presseerklärung vom 07. Dezember 2001

Verbindungsdaten im Visier der Ermittler. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Bundestag im Schlepptau der „Sicherheitspakete“ ein Gesetz mit dem harmlosen Titel „Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung“ beschlossen.

In dem Gesetz geht es um Auskünfte über Telekommunikations (TK)-Verbindungsdaten an Strafverfolgungsbehörden. Rechtsgrundlage war bisher § 12 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen (FAG) aus dem Jahre 1928. Damals gab es weder Mobilfunk noch ein digitalisiertes TK-Netz, das erst die Speicherung von Verbindungsdaten ermöglicht.

Durch das neue Gesetz werden eine Reihe von rechtlich höchst umstrittenen Eingriffen in das Fernmeldegeheimnis legalisiert, so zum Beispiel:

Zielwahlsuche. Bei der sogenannten Zielwahlsuche werden die Verbindungsdaten (zum Beispiel Rufnummern) der ankommenden Gespräche, Telefaxe, E-mails, und so weiter für den TK-Anschluss eines Verdächtigen erfasst. Diese Verbindungsdaten werden von den TK-Anbietern (Telekom, Arcor etc.) nicht gespeichert, weil sie zum Beispiel für die Entgeltberechnung oder für einen Einzelverbindungs-nachweis gar nicht erforderlich sind. Sie müssen aufgrund richterlicher oder staatsanwaltschaftlicher Anordnung in einem zeitaufwendigen Suchverfahren aus circa 450 Mio. Datensitzen herausgefiltert werden.

Betroffen sind alle Anrufer eines „verdächtigen“ Anschlusses. Es geraten daher auch völlig Unverdächtige in eine Art Rasterfahndung. Die Identifizierung des Anschlussinhabers

anhand der erfassten Verbindungsdaten ist aufgrund von weiteren Bestimmungen im Telekommunikationsgesetz (TKG) ohne weiteres möglich.

Funkzellenabfrage. Bei der sogenannten Funkzellenabfrage werden die Verbindungsdaten der gesamten Telekommunikation innerhalb eines „räumlich und zeitlich hinreichend bestimmten“ Gebiets erfasst.

Der Kreis der Unverdächtigen ist bei dieser Ermittlungsmethode noch weit größer: Praktisch wird die gesamte telefonierende Bevölkerung eines im Gesetz nur vage bestimmten Gebiets zeitweilig unter Generalverdacht gestellt und einer Rasterfahndung ausgesetzt.

In einer ausführlichen Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf erinnert die Bürgerrechtsorganisation HUMANISTISCHE UNION (HU) daran, dass das TK-Netz der vertraulichen, durch das Grundgesetz geschützten Übermittlung von Gesprächen, Texten und Daten dient. „Es ist kein Fahndungsnetz der Sicherheitsbehörden“, heißt es in der HU-Stellungnahme.

Die HU beanstandet ferner, dass in dem Gesetz keinerlei Regelungen zur Erfolgskontrolle der angeordneten Maßnahmen enthalten sind. Über den Umfang der Auskunftserteilung über Verbindungsdaten gibt es bisher – anders als bei der Telefonüberwachung – nicht einmal statistische Zahlen.

Die Stellungnahme sowie weitere Materialien sind bei der HU-Geschäftsstelle verfügbar.

Anlässlich des Besuchs von Prof. Nadine Strossen

Presseerklärung der HUMANISTISCHEN UNION (HU) anlässlich des Besuchs von Prof. Nadine Strossen, Präsidentin der AMERICAN CIVIL LIBERTIES UNION (ACLU), in Berlin vom 13. Dezember 2001

Die HUMANISTISCHE UNION, älteste bundesrepublikanische Bürgerrechtsvereinigung erklärt zum Thema „Civil Liberties im Zeichen der Terrorbekämpfung“:

Als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 wurden oder werden zur Zeit in zahlreichen Ländern der Welt, darunter auch den USA und Deutschland, weitreichende Anti-Terror-Gesetzespakete verabschiedet. Nahezu alle diskutierten Maßnahmen greifen tief in die verfassungsrechtlich verbürgten Freiheits- und Persönlichkeitsrechte aller Bürger ein und gefährden die in einer Demokratie konstitutiven Strukturen von Checks and Balances. Neben der Globalisierung von Märkten kann dabei zunehmend auch eine Globalisierung polizeilicher und geheimdienstlicher Strukturen beobachtet werden.

Die HUMANISTISCHE UNION fordert deshalb die Beachtung folgender Punkte:

1. Die Trennung zwischen den verschiedenen Geheimdiensten ist beizubehalten und die Kooperation zwischen Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden weitestgehend zu unterbinden. Kompetenzerweiterungen für Geheimdienste dürfen nur auf das Unvermeidliche beschränkt erfolgen. In einem solchen Fall müssen zugleich die justiziellen und parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten erweitert werden.

2. Die HUMANISTISCHE UNION wendet sich gegen Überwachungsmaßnahmen, die undifferenziert alle Bürger betreffen. Wir fordern die Wiederherstellung des Fernmeldegeheimnisses und das prinzipielle Recht auf unbeobachtete Kommunikation. Der Schutz von persönlichen Daten muß gewahrt bleiben.

3. Wir wenden uns gegen unbestimmte Straftatbestände mit unverhältnismäßigen Sanktionen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung. Damit werden auch Gruppen kriminalisiert, die im Namen von Bürgerrechten Aktionen zivilen Ungehorsams durchführen oder außerhalb ihrer Herkunftsländer auf die repressiven Verhältnisse in ihrer Heimat in friedlichem Protest aufmerksam machen wollen.

4. In Deutschland gibt es Bestrebungen, eine flächendeckende biometrische Erfassung der Gesamtbevölkerung in Verbindung mit Ausweispapieren zu Identifizierungszwecken zu erreichen. Die HUMANISTISCHE UNION hält diese Maßnahmen sowohl für ungeeignet als auch für unverhältnismäßig zur Terrorismusbekämpfung. Diese Maßnahmen dienen dazu, eine flächendeckende Erfassung und Überwachung der gesamten Bevölkerung zu ermöglichen.

Erleichterte Überwachungs-, auf bloßem Verdacht gründende Ausweisungs- und sogar Internierungsbestimmungen gegenüber Ausländern stigmatisieren und erzeugen Furcht und Hass. Wer Menschen mit zweierlei Maß mißt, setzt mutwillig die Idee der Menschenrechte aufs Spiel.

Gegen baden-württembergischen Sonderweg

Presseerklärung vom 11. Januar 2002

HU gegen baden-württembergischen Sonderweg zur Einschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble hat Ende Dezember die Öffentlichkeit darüber informiert, dass er das baden-württembergische Polizeigesetz ändern und der Polizei die Möglichkeit geben will, außerhalb von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren Telefone abzuhören und Post zu öffnen. Hiermit soll eine vorbeugende Bürgerüberwachung ermöglicht werden. Die älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation HUMANISTISCHE UNION, wendet sich mit ausführlich dokumentierten Bedenken an den Minister mit der Aufforderung, von diesem Vorhaben abzusehen.

Einschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 Grundgesetz im Strafverfahren sind in der Strafprozessordnung bundeseinheitlich geregelt; hiervon kann kein Land abweichen. Darüber hinaus regelt das *G 10-Gesetz* die Befugnisse des Verfassungsschutzes zu Eingriffen in das Post- und Fernmeldegeheimnis. Ergeben sich dabei Erkenntnisse über bevorstehende Straftaten, dürfen diese auch nach heutiger Rechtslage bereits zur Verhinderung von Straftaten an die Polizeiinstanzen weitergegeben werden. Es gibt somit kein Bedürfnis für weitere Eingriffe der Polizeibehörden nach Polizeirecht in das Grundrecht des Post- und Fernmeldegeheimnisses.

Dass Innenminister Schäuble die Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis einer richterlichen Kontrolle unterwerfen will, ist Augenwischerei: Während in einem Strafverfahren der Richter nach der Strafprozessordnung überprüfen muss und kann, ob tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen, ist dies bei einer präventiven Gefahrenabwehr durch die Polizeibehörden – wo es eben gerade keine tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Straftat gibt – nicht möglich.

Das Vorhaben von Innenminister Schäuble hebt die im Bund und allen Ländern geltende Aufteilung aus, wonach die Polizei zuständig ist für Prävention und Strafverfolgung, der Verfassungsschutz darüber hinaus für den Bereich der Vorfeldaufklärung. Statt zwei konkurrierende Apparate, die dem Innenminister unterstellt sind, zur Zusammenarbeit zu zwingen, schafft er Doppelkompetenz und Doppelarbeit und stellt mit diesem Sonderweg die bisherige Arbeitsteilung in der Bundesrepublik in Frage.

Der Terrorismus muss bekämpft werden – aber nicht durch eine totale unkontrollierte Bürgerkontrolle mit weitgehender Abschaffung von Grundrechten. Das Schreiben des Bundesvorsitzenden der HUMANISTISCHEN UNION, Dr. Till Müller-Heidelberg, kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

Das Schreiben an Thomas Schäuble ist ab Sonntag im Internet einsehbar: <http://www.hu-bb.de/bawue.pdf>

Versuch der Manipulation des Verfassungsgerichts aufgefliegen?

Presseerklärung vom 23. Januar 2002

Angesichts der Tatsache, daß der Bundesinnenminister kurz vor Beginn der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht über das Verbot der NPD offenlegt, daß offensichtlich der Hauptbelastungszeuge ein V-Mann des Verfassungsschutzes war, stellt sich für die HU die Frage, ob hier wieder einmal ein Gericht manipuliert werden sollte. Der Bundesvorsitzende Dr. Till Müller-Heidelberg: „Wenn der Bundesinnenminister so spät offenlegt, daß anscheinend ein Mitglied des Bundesvorstandes der NPD ein V-Mann des Verfassungsschutzes war, drängt sich die Vermutung auf, daß dies ursprünglich wohl geheimgehalten werden sollte und aus welchen Gründen auch immer jetzt nicht mehr geheimgehalten werden konnte. Dann wäre eine Manipulation des Bundesverfassungsgerichts versucht worden.“

Dies wäre nicht die erste Manipulation durch Geheimdienste. Die gewalttätigen Steinwerfer beim Deutschlandbesuch des amerikanischen Präsidenten Bush waren V-Leute der Geheimdienste. Die Bombe, die am Celler Gefängnis explodierte, um einen Ausbruchversuch von Terroristen vorzutäuschen, stamm-

te von deutschen Geheimdiensten; den Generalbundesanwalt ließ man uninformiert ermitteln. Die Tatwaffe im Schmücker-Prozeß ließ der Verfassungsschutz in seinen Tresoren verschwinden, so daß das Landgericht Berlin offiziell feststellen mußte, der Verfassungsschutz habe mehrere Gerichtsverfahren manipuliert. Täuschung ist das Metier von Geheimdiensten und eine Kontrolle, da alles geheim ist, kaum möglich. Eine Regierung, die sich auf sie stützt, ist verraten und verkauft.

Gleichzeitig wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die neue Diskussion um die Kronzeugenregelung. Mit Kronzeugen – wie hier mit dem V-Mann des Verfassungsschutzes – dient man nicht der Wahrheit, sondern der Lüge und der Rechtsstaat gibt sich selbst auf.

Wenn daher das im Dezember verabschiedete sogenannte Terrorismusbekämpfungsgesetz hauptsächlich auf vermehrten Einsatz der Geheimdienste und deren Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsorganen setzt, so ist dies mit Sicherheit der falsche Weg.

Ein freier, demokratischer Rechtsstaat darf sein Heil nicht im Dunkeln suchen.

Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz

Presseerklärung des HU-Regionalverbandes München-Südbayern vom 31. Januar 2002

Das Demonstrationsverbot ist unverhältnismäßig. Nach Ansicht der HUMANISTISCHEN UNION handeln die Organisatoren der Sicherheitskonferenz unverantwortlich, wenn sie eine derart sicherheitssensible internationale Konferenz im Stadtzentrum veranstalten und die Stadtbevölkerung einem faktischen Ausnahmezustand aussetzen. Eine Verlegung in einen Ort außerhalb der Stadt ist dringend geboten.

Die HUMANISTISCHE UNION appelliert an die Gerichte, entsprechend der Brokdorf-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts das Verbot der geplanten Kundgebungen und Demonstrationen aufzuheben. Vage Sicherheitsein-

schätzungen durch Informanten und Planungsstäbe dürfen das eine Demokratie mittragende Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit nicht aushöhlen.

Die Sicherheitskräfte haben es in der Hand, Provokationen zu vermeiden indem sie zurückhaltend auftreten und auf Stärke demonstrierende Kampfausrüstung verzichten. Die „besondere bayerische Art“ und der „Münchner Kessel“ (1992) dürfen sich nicht wiederholen.

Andererseits appelliert die HUMANISTISCHE UNION auch an die Demonstranten, sich nicht provozieren zu lassen und ebenfalls auf Gewalt zu verzichten. Es gibt keine gute Gewalt!

Wolfgang Killinger

Sprecher des RV München-Südbayern der HU

Rasterfahndung bundesweit einstellen

Gemeinsame Presseerklärung von 23 Bürgerrechtsbewegungen vom 15. Februar 2002

Nach dem die Landgerichte in Berlin und Wiesbaden die Rasterfahndung nach „Schläfern“ terroristischer Organisationen für unzulässig erklärt haben, ist es nicht mehr zu leugnen: Eine reale Gefahr von Terroranschlägen aus dem El-Quaida-Netzwerk besteht in der Bundesrepublik auch nach dem 11. September 2001 nicht. Die Verlautbarungen der Bundesregierung und der Landesregierungen sind sich in diesem Punkt einig und die den selben Regierungen unterstehende Polizei verfügt über keine entgegenstehenden Erkenntnisse – auch nicht nach monatelanger Fahndung. Die bundesweite Rasterfahndung bleibt ein politisch fataler Versuch, auf Kosten von Minderheiten Stimmung zu machen, hartes Durchgreifen medienwirksam zu simulieren und die Öffentlichkeit an rücksichtsloses polizeiliches Vorgehen gegen jedermann zu gewöhnen.

Aus dem juristischen und praktischen Scheitern der Rasterfahndung sind jetzt die Konsequenzen zu ziehen: die Rasterfahndung ist bundesweit einzustellen, alle dabei erhobenen Daten sind zu löschen, die Betroffenen sind zu informieren. So verlockend es für die Polizei auch erscheinen mag: Rasterfahndungsdaten dürfen nicht zu anderen Zwecken weiterverwendet werden.

Auch das Terrorismusbekämpfungsgesetz muss erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Ebenso wie der Traum von der Fahndung auf Knopfdruck werden auch biometrisch aufgerüstete Personaldokumente, neue Abhör- und Eingriffsbefugnisse der Geheimdienste, Sicherheitsüberprüfungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und noch umfangreichere Datenbanken nur einen Effekt mit Sicherheit erzielen; das Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem allwissenden Staat wird weiter zunehmen.

Nachhaltige Kritik am „Terrorpaket“

Presseerklärung vom 01. Dezember 2001

Bürgerrechtler appellieren an Parlament. Auf der gestrigen Anhörung beim Innenausschuss des Bundestages appellierte der als Sachverständige geladene Vorsitzende der HUMANISTISCHEN UNION (HU), Dr. Till Müller-Heidelberg nachdrücklich an die Abgeordneten, sich bei der Beratung des „Entwurfes eines Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ nicht von aktionistischer Eile treiben zu lassen. Wegen der vorgeschlagenen tiefen Eingriffe in bestehende Bürgerrechte sollte der mögliche Nutzen vorgeschlagener Maßnahmen gut gegen alle Einwände abgewogen werden.

Der HU-Bundesvorsitzende kritisierte unter anderem die Durchlöcherung des bestehenden Trennungsgebotes zwischen Polizei und Nachrichtendiensten sowie zwischen den Verfassungsschutzbehörden und dem für das Ausland zuständigen Bundesnachrichtendienst (BND). Die historischen Gründe dieses Verfassungsgebots würden ignoriert, was verfassungsrechtlich nicht haltbar sei. Durch den im Gesetzentwurf vorgesehenen Datenaustausch zwischen Polizeibehörden und Nachrichtendienste würde das Trennungsgebot faktisch aufgehoben. „Die Polizeibehörden“, so Dr. Till Müller-Heidelberg, „sind zur Strafverfolgung berufen als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sowie zur Gefahrenabwehr; dies ist nicht Aufgabe von Geheimdiensten.“ Außerdem behindere die parallele Kompetenz verschiedener

Sicherheitsorgane faktisch jede rechtliche Kontrolle sowie die Verteidigung jedes in Verdacht geratenen Bürgers.

Bei der Erhebung von personenbezogenen Informationen z.B. bei Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten durch Verfassungsschutz, MAD und BND ist es nicht hinnehmbar, dass der Betroffene davon nichts erfahren soll. Solange kein Straftatbestand gegen einen Bürger besteht – und dann wären die Strafverfolgungsorgane und nicht die Geheimdienste zuständig – geht es den Staat nichts an, wem der Bürger E-Mails schreibt, von wem er Post empfängt oder welche Banküberweisungen er tätigt.

Eine Aufnahme biometrischer Personenmerkmale wie zum Beispiel Fingerabdrücke in Personalpapiere sei weder geeignet noch verhältnismäßig, auf keinen Fall dürften solche Merkmale in einer zentralen Referenzdateien gesammelt oder als eine Art Personenkennziffer verwendet werden. Zu dieser Frage hat die HUMANISTISCHE UNION kürzlich auch ein ausführliches Anschreiben an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages versendet.

Die vollständige Stellungnahme der HUMANISTISCHEN UNION ist abrufbar über die Zeitschrift *Bürgerrechte und Polizei/CILIP* via: <http://www.cilip.de/terror>

Unter dieser Adresse sind auch weitere Stellungnahmen verschiedener Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen sowie Vereinigungen von Rechtsberufen verfügbar.

Bündnis für Volksabstimmung begrüsst rot-grünen Vorstoss

Wird der Bundestag den Bürgern das Vertrauen aussprechen?

Presseerklärung von *Mehr Demokratie e.V.*
vom 14. März 2002

Das 81 Verbände umfassende Bündnis *Menschen für Volksabstimmung* (Anm. d. Red.: hierzu gehört von Anfang an auch die HUMANISTISCHE UNION) begrüsst den heute in Berlin vorgestellten Gesetzentwurf von SPD und Grünen für bundesweite Volksentscheide. Das Bündnis kündigte für den kommenden Samstag einen Aktionstag an, an dem die CDU/CSU aufgefordert werden soll, ihren Widerstand gegen die direkte Demokratie aufzugeben.

Claudine Nierth, Vorstandssprecherin von *Mehr Demokratie*, erklärte: „In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob der Bundestag den Bürgerinnen und Bürgern vertraut. Eine Ablehnung des Volksentscheids wäre ein Misstrauensvotum gegenüber den Menschen in unserem Land. Diese Entscheidung wird zu einer Zäsur für unsere Demokratie. Der jüngste Spendenskandal belegt einmal mehr, wie dringend Deutschland eine umfassende Demokratiereform braucht. Wer jetzt nur *Weiter so* ruft, vergrößert den Graben zwischen Politikern und Bürgern.“

Nierth appellierte an die Parteispitzen der CDU/CSU, sich dem Willen der grossen Mehrheit der Bürger nicht länger zu verweigern. Am kommenden Samstag (16. März) lädt *Mehr Demokratie* bundesweit Abgeordnete der Union zum Gespräch über die Volksabstimmung ein. An dem

Aktionstag, der unter dem Motto „Licht an! Das Volk ist kein Gespenst“ steht, werden sich über vierzig Städte beteiligen.

Die Sprecherin kündigte zugleich eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf von SPD und Grünen an: „In einigen Punkten – etwa in der ausdrücklichen Zulassung finanzwirksamer Volksinitiativen – ist der Entwurf erfreulich bürgernah. An anderen Stellen macht die Koalition leider die gleichen Fehler, die wir schon aus den Bundesländern kennen. So kommt pro Bundesland nur alle 43 Jahre eine Volksabstimmung zustande. Schuld sind die hohen Hürden. Das ist für die Bürger frustrierend und darf sich deshalb im Bund nicht wiederholen. Hier besteht noch Diskussionsbedarf.“ Das Bündnis ist im Internet zu finden unter der Adresse: <http://www.volksabstimmung.org/bu/va>

Ralph Kampwirth,
Pressesprecher *Mehr Demokratie e.V.*

HUMANISTISCHE
emanzipatorisch – radikaldemokratisch – unabhängig
UNION

Regierungschefs fragen – Bürger antworten

Ein Fragenkatalog zur Zukunft Europas. Das Europäische Parlament will die Debatte über die Zukunftsgestaltung Europas von den offiziellen Konferenztischen zu den BürgerInnen bringen. Da es in erster Linie um die Zukunft geht, sollen sie sich auch an dieser Zukunftsdebatte beteiligen können. Zu diesem Zweck hat das deutsche Informationsbüro des Europäischen Parlaments auf seiner Homepage <http://www.europarl.de/aktuell.htm> ein Diskussionsforum eingerichtet. Das Forum basiert auf dem Fragenkatalog, den die Staats- und Regierungschefs am 15. Dezember 2001 in ihrer Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union aufgestellt haben. Die zu erwartenden Anregungen der BürgerInnen sollen an die deutschen Mitglieder im Konvent weitergeleitet werden.

Die „Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union“ ist ein außergewöhnliches Gipfeldokument. Es enthält in erster Linie nicht feste politische Aussagen, sondern einen Katalog mit der Rekordzahl von 65 Fragen. Hintergrund hierfür ist, dass die EU vor der wohl größten Herausforderung in ihrer über 50-jährigen Geschichte steht. Aus den ursprünglich für sechs Mitgliedsstaaten geschaffenen drei Europäischen Gemeinschaften (*Montanunion*, *Euratom* und *EWG*) hat sich bis heute eine nahezu alle Bereiche unseres Lebens be-

treffende Europäische Union mit 15 Mitgliedsstaaten gebildet, die in wenigen Jahren auf wahrscheinlich 25 Staaten anwachsen wird.

Dafür müssen aber nicht nur die Bewerberstaaten die Bedingungen für die Aufnahme in die EU erfüllen. Voraussetzung ist vielmehr auch, dass sich die EU nach innen reformiert und insgesamt demokratischer, transparenter und effizienter wird. Da diese Reformen in Amsterdam (1997) und Nizza (2000) nur zum Teil eingeleitet wurden, haben die Staats- und Regierungschefs den Auftrag für die neue Reformstufe nun in Form konkreter Fragen formuliert. Mittels dieser Fragen wird zum einen das Mandat des Konvents zur Zukunft Europas abgesteckt, dem Vertreter der Mitgliedsstaaten, der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments, der Kommission und der Bewerberländer sowie Beobachter anderer EU-Institutionen angehören. Zum anderen soll eine die Arbeiten des Konvents begleitende breite öffentliche Diskussion angeregt werden. Insofern sind gerade auch die Bürger aufgefordert, sich an der Zukunftsdebatte aktiv zu beteiligen. Diese Beteiligung will das Europäische Parlament durch sein Diskussionsforum ermöglichen.

Pressemitteilung, mitgeteilt von Gisela Goymann

HU-Tagungsberichte und -hinweise

30 Jahre Radikalenerlass und Berufsverbote

Am 28. Januar jährte sich zum dreißigsten Mal der als *Radikalenerlass* bekannte Ministerpräsidentenbeschluss gegen sogenannte Extremisten im Öffentlichen Dienst. In dieser Zeit führten etwa 3,5 Mio. Regelanfragen zu ca. 11.000 förmlichen Berufsverbotverfahren aus denen ca. 1.250 Nichteinstellungen und 265 Entlassungen meist von Mitgliedern linker Gruppierungen resultierten. Aus Anlass des Jahrestages fand am 09. und 10. Februar eine unter anderen von der GEW und der Initiative *Weg mit den Berufsverboten* (s.u.) organisierte Konferenz in Hamburg statt: „30 Jahre Berufsverbote mahnen – Kein neuer Grundrechtsabbau!“ Berufsverbots-Betroffene aus den alten und neuen Bundesländern diskutierten mit Juristen und Vertretern verschiedener Parteien und politischer Organisationen (u.a. *Bund demokratischer Wissenschaftler*, HUMANISTISCHE UNION, *Vereinigung demokratischer Juristen*) zu aktuellen Grundrechtseinschränkungen.

Der Berliner Journalist Eckart Spoo mahnte, dass die Meinungsäußerungsfreiheit auch bei außenpolitischen Krisen wie dem Krieg gegen Afghanistan und nach den Anschlägen vom 11. September unantastbar bleiben müsse. Weitere Stellungnahmen kritisierten u.a., dass der Schutz der Demokratie ausgerechnet den Geheimdiensten obliege, die sich schon in den Berufsverbotverfahren diskreditiert hätten. Klaus Dammann forderte als Anwalt zahlreicher Berufsverbotsbetroffener die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention, nachdem die Berufsverbote 1994 vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gerügt worden waren. Die Konsequenzen daraus seien von der Politik bis heute nie gezogen worden. Jürgen Kühling (HUMANISTISCHE UNION) mahnte,

das Vertrauen in Rationalität und Aufklärung der Bürger nicht aufzugeben. Als Legitimationsmuster der Berufsverbote als Eingriff in Grundrechte diene im kalten Krieg das Bedrohungsszenario des antikommunistischen Ressentiments, heute das des Terrorismus. Prof. Martin Kutscha (Berlin) analysierte die sogenannten *Schily'schen Sicherheitsgesetze* als massiven Abbau der Freiheits- und Menschenrechtsversprechen des Grundgesetzes. Eva-Maria Stange (GEW) erläuterte die Forderung der GEW nach Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen. Anstatt neue Repressionen zu starten, sollte eine andere politische Bildung forciert werden. Wolfgang Gehrke (MdB, PDS) berichtete, dass die PDS-Fraktion den Entwurf eines Berufsverbotebereinigungsgesetzes zur Rehabilitation und Wiedergutmachung in den Bundestag eingebracht hat. Nach seiner Auffassung stehe die SPD jetzt vor der Frage, ob sie der Traditionslinie des „Law-and-Order“ folgen wolle oder der von Willy Brandt „mehr Demokratie zu wagen“. Willy Brandt selbst hatte den Radikalenerlass im Nachhinein als einen seiner schwersten politischen Fehler beurteilt.

In den verschiedenen Diskussionen auf der Konferenz und in den Arbeitsgruppen wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, die Geschichte der Berufsverbote und der Repressionen im „kalten Krieg“ und in der Zeit danach politisch, historisch, juristisch und moralisch aufzuarbeiten. Dazu gehören auch die Folgen der Verunsicherung über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus, die subjektive Verarbeitung durch die Betroffenen selber wie die Verquickung und Verflechtung mit der Tätigkeit der Stasi vor 1989 im Osten und der „Abwicklung“ nach

Fortsetzung auf Seite 13

HU-Tagungsberichte und -hinweise

Fortsetzung von Seite 12

1989. Aber auch die Arbeit der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes in der Zeit des kalten Krieges und danach bis heute, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften und das Kooperationsverbot in der SPD gehörten dazu.

Zum Abschluss wurde verabredet:

1. Verstärkte öffentliche Forderung von Wiedergutmachung für die Betroffenen, Entfernung der Dossiers des Verfassungsschutzes aus allen Akten, ersatzlose Aufhebung der Berufsverbote und Verfahrensregelungen, Beendigung der Regelanfrage (vor allem in Bayern und für Ausländer), der Rasterfahndung und der Anhörungen, Auflösung nicht Stärkung des Verfassungsschutzes.
2. Dies auch von den einzelnen Landesregierungen zu fordern.
3. Alle Berufsverbotprozesse durch Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland zu begleiten, insbesondere die sechs anhängigen Verfahren vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

Aus dem Beirat

Das langjährige Beiratsmitglied Luise Rinser ist am 17. März im Alter von 90 Jahren verstorben. Die Schriftstellerin war politisch engagiert als Pazifistin, Feministin und Rebellin. Ihr Leben umfasste Gegensätze - von der Anklage wegen Hochverrats und Wehrkraftzersetzung im Jahre 1944 bis zu ihrer Kandidatur 1984 für das Amt der Bundespräsidentin. Luise Rinser wird uns fehlen.

Anfang Februar 2002 hat die HUMANISTISCHE UNION zwei Personen in das Beratungsgremium der HU berufen, die zu wesentlichen Themengebieten (mit) der HU arbeiten:

Dr. Dieter Deiseroth ist Richter am Bundesverwaltungsgericht und Mitbegründer der deutschen Sektion der IALANA (dt.: *Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen - für gewaltfreie Friedensgestaltung*) sowie deren stellvertretender Vorsitzender.

Bekannt ist Dr. Dieter Deiseroth auch als Verfasser von Publikationen und Stellungnahmen zur verfassungs- und völkerrechtlichen Problematik des Bundeswehreinsatzes im Kosovo und in Afghanistan. Darüber hinaus setzt er sich ein für andere bürgerrechtliche Themen, wie den Rechtsschutz für Beschäftigte, die Zivilcourage am Arbeitsplatz („Whistleblowing“) praktizieren.

Prof. Dr. Hansjürgen Garstka ist Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Berlin seit 1989. Der renommierte Datenschützer und Rechtswissenschaftler lehrt an der Technischen Universität Berlin. Daneben leitet Prof. Dr. Hansjürgen Garstka die internationale Arbeitsgruppe Datenschutz in der Telekommunikation (*International Working Group on Data Protection in Telecommunication - Berlin Group*) im Rahmen der Internationalen Konferenz der Datenschutzbeauftragten. Zum sogenannten Terrorismusbekämpfungsgesetz war er vom Bundestag als Sachverständiger geladen - und erwies sich als engagierter Kritiker.

Tobias Baur

4. Die Gewerkschaften aufzufordern, für die Respektierung der Entscheidung des EMRG in Straßburg Sorge zu tragen und - wie die GEW - die Rehabilitierung und Entschädigung zu fordern, die Meinungsäußerungsfreiheit nach dem 11.9. offensiv zu verteidigen, die Sicherheitsgesetze abzulehnen und an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) heranzutreten.
5. Ein „Netzwerk demokratisch gesinnter Personen, Gruppen und Organisationen“ als Plattform für weitere Diskussionen und Aktionen zu entwickeln und zu stärken, hierzu dient die u.a. Kontaktadresse.

Nach einer Pressemitteilung der
Initiative Weg mit den Berufsverboten,
Arbeitsausschuss (Prof. Dr. N. Paech,
E. Spoo, Dr. K. Danmann, H. Bethge), Kontaktadresse:
c/o H. Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg,
Internet: <http://www.berufsverbote.de>

25 Jahre GHI

Wir gratulieren zum runden Geburtstag: Vor einem Vierteljahrhundert gründete sich die *Gustav Heinemann-Initiative* (GHI). Aus diesem Anlass wird deren Jahrestagung vom 31. Mai bis zum 2. Juni am Gründungsort Stuttgart durchgeführt. Thema der Tagung im Rotebühlzentrum sind die „Grundrechte angesichts der Globalisierung“ (Arbeitstitel). Zu verschiedenen Teilaspekten sprechen am 31. Mai ab 17 Uhr der frühere Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum und ab 20 Uhr der Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Winfried Hassemer. Am Samstag und Sonntag sind Arbeitsgruppen und weitere Vorträge geplant, unter anderem mit Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB und dem ehem. Vorsitzenden der IG Medien Detlef Henschel.

Am Rande der Jahrestagung findet am Samstagabend von 17 bis 19 Uhr eine GHI-Mitgliederversammlung statt, die auch über einen Führungswechsel zu entscheiden hat. Der bisherige Vorstand hatte im Vorfeld angekündigt, nicht erneut zu kandidieren. Den scheidenden GHI-Vorstandsmitgliedern Ulrich Finckh (Sprecher), Renate Lochmann und Christof Müller-Wirth sei an dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank ausgesprochen für die immer vertrauensvolle Zusammenarbeit zu zahlreichen gemeinsamen Bürgerrechts-Interventionen.

Tobias Baur

Anzeige:

„Die einzige Zeitung, die ich von der ersten bis zur letzten Seite lese.“

Dr. Heinrich Hahnover, Bremen

„Exzellent gemacht.“

Dr. Thomas Kuczyński, Berlin

Zweiwochenschrift „Ossietzky“

Jahresabo DM 100,- (Ausland DM 160,-)

Halbjahresabo DM 55,-

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH

Vodere Schönepfuh 21, 30167 Hannover

An-Denken an Werner Holtfort

Aus Anlass seines zehnten Todestages treffen sich politische Weggefährten in lebendigem Gedenken an Dr. Werner Holtfort im Hannoveraner *Leibnizhaus*. Holtfort zu Ehren wird ein (bürger-) rechtspolitisches Rundgespräch veranstaltet im Rahmen einer Matinee am Samstag, den 13. April ab 11 Uhr. Das *Leibnizhaus* steht am Holzmarkt beim Landtag (10 Min. vom Hauptbahnhof).

In vielfacher Gestalt – als Anwalt, Notar, Politiker, Publizist und Karikaturist – setzte sich Werner Holtfort für ein demokratischeres Rechtswesen ein. Neben öffentlichen Ämtern als Abgeordneter und im Rechts- und Innenausschuss des Landtags, im Präsidium der Anwaltskammer oder als Präsident der Notarkammer zeugen seine ausgeübten Ehrenämter von demokratischem Einsatz für die Bürgerrechte: Holtfort war stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft *sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen* (AsJ), begründete und leitete den *Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein* (RAV), gehörte zu den Initiatoren des *Alternativen Juristentages* und war langjähri-

ges Vorstands- und Beiratsmitglied der HUMANISTISCHEN UNION. Auch über seinen Tod hinaus wirkt das Lebenswerk Werner Holtforts weiter durch die von ihm als Alleinerbin eingesetzte Stiftung in der die drei Verbände vertreten sind.

Der damalige Ministerpräsident Gerhard Schröder (dessen juristische Lehrjahre in Holtforts Kanzlei begannen) titulierte ihn als „Restrisiko“ seiner Fraktion. Denn Holtfort dachte selbst, vorurteilsfrei und mitunter quer: berufspolitisch, für eine Reform der Juristenausbildung und der Justiz insgesamt sowie publizistisch über die Zeitschrift *einspruch*.

Einsprüche in Holtforts Sinne sind auch bei der Matinee zu erwarten: Ansprachen und ein Rundgespräch zum Beispiel zu den aktuellen Eingriffen in die Grundrechte im Zuge einer „Inneren Sicherheit“. Unter anderen nehmen teil der RAV-Vorsitzende Wolfgang Kaleck, die Fritz-Bauer-Preisträger Dr. Heinrich Hannover und Eckart Spoo (Redaktion *Ossietzky*) sowie der HU-Bundesvorsitzende Dr. Till Müller-Heidelberg. Interessierte HU-Mitglieder sind eingeladen, dabei zu sein.

Tobias Baur

Ossip-K.-Flechtheim-Preis ausgeschrieben

Der *Humanistische Verband Deutschlands*, Landesverband Berlin, stiftet in diesem Jahr erstmals einen Preis, der der Förderung von Aufklärung, Toleranz und Selbstbestimmung und der Einhaltung der Menschenrechte in der Gesellschaft dienen soll. Die mit 2.500 Euro dotierte Auszeichnung soll alle zwei Jahre einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, einer Projektgruppe oder Institution übergeben werden, die sich auf wissenschaftlichem, politischem, weltanschaulich-philosophischem oder künstlerischem Gebiet oder durch praktisches soziales Engagement für die Verwirklichung humanistischer Werte und Ziele eingesetzt hat.

Der HVD Berlin hat den Preis in Erinnerung und Anerkennung an den 1998 verstorbenen Politologen und Zukunftsforscher Ossip K. Flechtheim als Theoretiker eines modernen Humanismus benennen können. Über die Vergabe entscheidet eine siebenköpfige Jury, die sich aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik zusammensetzt.

Vorschläge mit einer eingehenden schriftlichen Begründung nimmt die Landesgeschäftsstelle des *Humanistischen Verbandes Deutschlands*, LV Berlin, Wallstr. 61 – 65, 10179 Berlin, bis zum 10. Mai 2002 (es gilt das Datum des Poststempels) entgegen.

Ulrich Joßner

Erwin-Fischer Preis 2002 an Taslima Nasrin

Der *Internationale Bund der Atheisten und Konfessionslosen e.V.* (IBKA) hat bekannt gegeben, dass die bengalische Schriftstellerin Taslima Nasrin die diesjährige Erwin-Fischer-Preisträgerin ist.

Frau Dr. Nasrin ist in ihrem Herkunftsland Bangladesh für Weltanschauungsfreiheit eingetreten. Sie hat die Diskriminierung der hinduistischen Minderheit durch die muslimische Mehrheit kritisiert, sie hat sich für die Rechte der Frauen eingesetzt und sich offen zu einer atheistischen Position bekannt. Gegen Taslima Nasrins Roman *Lajja* (Schande) wurde wegen „Blasphemie“ am 24. September 1993 die Fatwa verhängt, ein Mordaufruf des fundamentalistischen *Rats der Soldaten des Islam*, – eine Verfolgung, die heute noch besteht. Frau Nasrin lebt daher im politischen Exil, zunächst in Schweden und Deutschland, heute in Frankreich. Informationen über das Leben und Werk von Frau Nasrin sind auf einer gewidmeten Website nachlesbar: <http://humanists.net/nasrin/>.

Der *Erwin-Fischer-Preis* ist nach dem verstorbenen Rechtsanwalt Erwin Fischer benannt, der sich in besonderer Weise für

die Menschenrechte und die „Trennung von Staat und Kirche“ eingesetzt hat. Mehr Infos unter <http://www.ibka.org/infos/erwin-fischer-preis.html>.

Im Jahr 2001 ging der Preis an Dr. Karlheinz Deschner. Der Preis wird – nun zum dritten mal – am 21. September 2002, 20.00 Uhr, im *Jugendgästehaus Speyer*, Geibstr. 5, in einer Festveranstaltung verliehen. Eingebettet ist die Preisverleihung in eine Internationale Konferenz und öffentliche Mitgliederversammlung des *Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) vom 20. bis 22. September 2002. Laut IBKA haben bereits Repräsentanten folgender Organisationen ihre aktive Teilnahme – auch mit Vorträgen – zugesagt: *Atheist Alliance International*, *Fédération Nationale de la Libre Pensée*, *Freidenkerbund Österreich*, *Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften*, *Humanistischer Verband Deutschlands*.

Gäste sind willkommen, um frühzeitige Anmeldung wird gebeten.

Pressekontakt Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Drei mal „Anti-Terror-Gesetze“ in München – ein subjektiver Bericht

Im Januar und Februar 2002 fanden in München drei Veranstaltungen zum Thema „Anti-Terror-Gesetze“ statt, an denen die HU auf unterschiedliche Art und Weise beteiligt war. Am 25. Januar hielt das HU-Beiratsmitglied Dr. Burkhard Hirsch auf Einladung der Gewerkschaft *verdi* im DGB-Haus einen abendfüllenden Vortrag mit dem Titel „Abschied vom Grundgesetz“. Circa 200 Personen hingen dem Vollblut-Politiker an den Lippen, als er in die Horrorkiste des Gesetzes griff und Stück für Stück, mit drastischen Beispielen gespickt, die „Folterinstrumente“ Revue passieren ließ. Scharf war seine Kritik am „Hauruck“-Verfahren („eines demokratischen Staats unwürdig“), mit dem das „Sicherheitspaket II“ (in Kraft seit dem 1. Januar 2002) durch die Gremien gepeitscht wurde; und mahnend waren seine Worte, wonach schon die bisherigen Regelungen schlimm genug seien, nun aber endgültig die Grenze des Erträglichen überschritten sei. Die Ansicht der „schweigenden Mehrheit“ in der Bevölkerung, die glaubt, derartige Gesetze betreffen nur die anderen, geißelte er mit den Worten, er halte diese Denkweise für politische Zechprellerei. „Ohne die Freiheit des einzelnen gibt es keine Freiheit!“ Das Publikum reagierte betroffen bis kämpferisch, und verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre kündigten an, sie würden dafür sorgen, dass dieses Thema in den Gewerkschaftsgremien endlich zur Chefsache werde. Auf die Frage, was man sonst noch tun könne, gab Dr. Hirsch die entwaffnende Antwort: „Gehen Sie zur HUMANISTISCHEN UNION!“ Vielen Dank, Dr. Hirsch, aus München. Sie sind ein großartiger „Werbeträger“ für die HUMANISTISCHE UNION und ein unermüdlicher Kämpfer für die Freiheitsrechte.

Am 5. Februar fand eine von der Neuen Richtervereinigung, den Richtern und Staatsanwälten in *verdi* und der HU München-Südbayern unterstützte Veranstaltung der Initiative Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger mit dem Titel „Sicherheit durch Überwachung? Die geplante Anti-Terror-Gesetzgebung auf dem Prüfstand“ statt. Geradezu bezeichnend für die Thematik ist dabei das Wörtchen „geplant“ im Titel – die Veranstalter hatten offensichtlich nicht geahnt, dass am 5. Februar die Gesetze schon längst in Kraft sein würden! Zwei Experten, die Rechtsanwälte Werner Leitner und Hubert Heinhold, gaben einen Überblick über die neuen Regelungen aus anwaltlicher Sicht. Sogar als Juristin muss ich aber gestehen, dass ich wohl nicht einmal die Hälfte davon in all ihren Konsequenzen verstanden hätte, hätte ich nicht einige Tage zuvor das wesentlich plastischere Referat des Dr. Hirsch gehört. Gut gemerkt habe ich mir hingegen Leitners Bemerkung, er hätte sich als junger Anwalt, der den Verteidiger Horst Mahlers, Otto Schily, bewunderte, nicht träumen lassen, dass er zwanzig Jahre später auf einem Podium sitzen und den Bundesinnenminister Otto Schily angreifen würde, der soeben beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die NPD, vertreten durch das NPD-Mitglied, Rechtsanwalt Horst Mahler, gestellt haben würde ...

Den Abschluss dieser zufällig entstandenen Reihe bildete am 20. Februar eine als Podiumsdiskussion getarnte Wahlkampfveranstaltung der FDP mit unter anderen Jürgen Möllemann, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Klaus Hahnzog und Dr. Till Müller Heidelberg im Löwenbräukeller. Außer unserem Bundesvorsitzenden befanden sich also noch zwei *HU-Maulwürfe* auf dem Podium, nämlich die Beiratsmitglieder Leutheusser-Schnarrenberger und Dr. Hahnzog. Der Titel der Veranstaltung lautete: „Innere Sicherheit und Freiheit – Das Sicherheitspaket II im Fadenkreuz von Experten“. Die Spannweite der Thesen kann kurz wie folgt dargestellt werden: Till Müller Heidelberg lehnte das Gesetzeswerk komplett ab. Volle Unterstützung fand er hierbei bei Jürgen Möllemann und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Letztere wies darauf hin, dass die FDP-Fraktion als einzige das „Sicherheitspaket II“ (wenn auch nicht das „Paket I“) geschlossen abgelehnt habe – für mich persönlich ein wichtiger Grund, eventuell – zum ersten Mal seit 22 Jahren – wieder FDP zu wählen. Dr. Hahnzog nahm entsprechend der Haltung seiner Partei eine „gespaltene“ Position ein und meinte, dem Gesetz seien bereits im Vorfeld wenigstens die „giftigsten Zähne“ gezogen worden. Herr Vogler – seines Zeichens Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund – besetzte auf dem Podium die Kontrastposition aus polizeilicher Sicht, während die windelweichen „einerseits-andererseits“-Ausführungen des Vorsitzenden des Bayerischen Richtervereins, Horst Böhm, deutlich machten, weshalb der Richterverein kein „geborener“ Partner bei rechtspolitischen Veranstaltungen der HUMANISTISCHEN UNION ist. Während Till Müller Heidelberg viel und lang anhaltenden Applaus erhielt, schoss Jürgen Möllemann ein Feuerwerk an Thesen und Forderungen ab (wenn auch oft am Thema vorbei). Unter anderem kritisierte er das unwürdige Spiel beim NPD-Verbotsantrag („Der Verfassungsschutz schreibt die Texte, die er verbieten will, gleich selber“), forderte eine Aussetzung des Antrags und Erledigung des Themas in der freien Meinungsauseinandersetzung, wies auf die Diskriminierung kritischer Stimmen seit dem 11. September hin, verlangte den sofortigen Abzug der Bundeswehr-Einheiten aus Kuwait, und forderte bei der Gelegenheit gleich noch die Abschaffung der Wehrpflicht und die Errichtung eines unabhängigen Staates Palästina. Damit war Jürgen Möllemann der Star des Abends – aber es war ja, wie gesagt, eine Wahlkampfveranstaltung.

Jennifer Clayton-Chen

HUMANISTISCHE
emanzipatorisch – radikaldemokratisch – unabhängig
UNION

Beispielhaft: Schüler helfen Zwangsarbeitern

Schüler haben gestern 16 Zwangsarbeitern aus der Ukraine eine Entschädigung übergeben. Die 27 Jugendlichen hatten sich in Gersthofen die Namen der Zwangsarbeiter besorgt, die die Nazis dorthin verschleppt hatten, berichtete Geschichtslehrer Bernhard Lehmann. Dann sammelten sie rund 17.000 Euro, die sie an 90 Polen, Russen und Ukrainer verteilen wollten. Die Gersthofener Behörden verweigerten den Schülern zunächst den Zugang zu den

Unterlagen; nur per Gerichtsbeschluss konnte das Projekt fortgesetzt werden, so Lehmann. Von den kontaktierten Verbänden reagierte nur der ukrainische. So erhielten die 16 noch lebenden Zwangsarbeiter je 1.000 Euro. „Wir möchten Sie um Vergebung für alles bitten, das sie ertragen mussten“, schrieben die Schüler dazu.

Aus: taz vom 13. Februar 2002, zugesendet von
Maria Kühn-Ludewig

„Auf dem rechten Auge blind – Die braunen Wurzeln des BKA“

Aus dem hohen Norden zum zweiten Mal gerne zur HU München-Südbayern kam am 6. Februar 2002 Dieter Schenk, der Autor des Buches mit dem obigen Titel, der am 27. September mit dem selben Thema in Berlin aufgetreten war. Dieter Schenk war bereits im November 2000 mit seiner gut besuchten Autorenlesung „Tod einer Polizistin – Die Geschichte eines Skandals“ bei uns in München zu Gast (siehe dazu die Buchbesprechung im Anschluß). Nachdem Dieter Seemann als Moderator des Abends fachkundig und belehrend in das Thema eingeführt hatte, präsentierte der Autor einen Bericht über Hintergrund und Entstehung seines Buches mit nur wenigen, exemplarischen Hinweisen auf den Inhalt. Es handelte sich somit nicht um eine Autorenlesung im eigentlichen Sinne, sondern um einen Insiderbericht. Dieter Schenk hatte zuvor richtig festgestellt, dass das Vorlesen einzelner, aus dem Zusammenhang gerissener Passagen aus diesem langen und detaillierten Werk (es liest sich stellenweise trocken wie ein Polizeibericht) wenig bringen und nur langweilen würde. So geriet seine Darstellung zu einem

fesselnden und bewegenden Bericht über sein persönliches Verhältnis – während seiner dortigen Anstellung und nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst – zum Bundeskriminalamt, zu dessen Tätigkeit und Geschichte. Dabei wurde auf erschreckende und beunruhigende Weise deutlich, wie das „braune“ Erbe des BKA dessen Arbeit geprägt hat: als Unterschlepp für (auch kriminell gewordene) Nazis und in der einseitigen Ausrichtung seiner Verfolgungsmaßnahmen. Einige sachkundige Zuhörer bereicherten die anschließende Diskussion mit ihren Beiträgen. Auch der Bayerische Rundfunk war vertreten und kündigte eine Sendung mit Herrn Schenk und mit Auszügen aus der Diskussion an. Der Abend klang bei einem gemütlichen Abendessen in einer bayerischen Wirtschaft aus, und Herr Schenk teilte am nächsten Tag von zu Hause aus mit, er habe sich bei uns Münchner HU-lern (Sorry, Berlin!) so wohl gefühlt, dass er der HUMANITÄTSCHE UNION erneut beigetreten sei. Wolfgang Killingers online-Kommentar dazu: „So was tut richtig gut!“

Jennifer Clayton-Chen

Buchbesprechungen

Die nationalsozialistische Vergangenheit des Bundeskriminalamtes und die Folgen bis in die Gegenwart

Führende Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) haben in zwei Jahrzehnten nach dem Krieg das Amt aufgebaut und die Verbrechensbekämpfung der Bundesrepublik wesentlich beeinflusst, obwohl sie selbst in der NS-Zeit schwerste Verbrechen begangen hatten. Diese schockierende Behauptung stellt Dieter Schenk in seinem jüngsten Buch auf und belegt dies mit umfangreichen Materialien aus einem Dutzend Archiven in Deutschland, Polen und in der Schweiz. Da das BKA Schenk eine zeitgerechte Akteneinsicht trotz einer Genehmigung durch den Bundesinnenminister verweigerte, bisher zu keiner Stellungnahme bereit war und nicht erkennen ließ, sich von den ehemaligen Nazi-Kollegen offiziell zu distanzieren, richtete MdB Ulla Jelpke und die Fraktion der PDS im Deutschen Bundestag eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 14/7520).

Aus den Untersuchungen des Autors ergibt sich, dass das Bundeskriminalamt von Nazi-Tätern aufgebaut wurde – eine Tatsache, die bis heute schwer zu begreifen ist. 1959 bestand

der Leitende Dienst des BKA aus 47 Beamten (und nur er ist Gegenstand der Forschungen) – bis auf zwei hatten alle eine braune Weste. Für das rechtsstaatliche Selbstverständnis des BKA ist es rückblickend als moralische Katastrophe zu bewerten, dass fast die Hälfte der 47 BKA-Chefs als NS-Verbrecher im kriminologischen Sinne bezeichnet werden müssen.

Fünf von ihnen waren Schreibtischtäter des Reichskriminalpolizeiamtes (RKPA), die mitwirkten, unzählige Homosexuelle, „Zigeuner“, „Asoziale“ und sogenannte „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“ im Rahmen des Programms der Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung in ein Konzentrationslager einzuweisen und damit einem fast sicheren Tod auszuliefern. 16 BKA-Führer waren Mitglieder der Einsatzgruppen in Polen und als Vorgesetzte in die Vernichtung der polnischen Intelligenz verstrickt. Oder sie beteiligten sich als Angehörige der SS-Einsatzkommandos oder der Polizeibataillone in der besetzten UdSSR am Völkermord. Sie befehligten die Geheime Feldpolizei in Weißrussland,

Fortsetzung auf Seite 17

Buchbesprechungen

Fortsetzung von Seite 16

die an der Ausrottung der jüdischen Bevölkerung beteiligt war und massenweise Menschen als Partisanen oder politische Kommissare tötete, wenn nur ein fragwürdiger Verdacht vorlag. Einige BKA-Vorgesetzte hatten bei Exekutionen selbst „Hand angelegt“ oder waren Einsatzführer an der „Grube“, unter den erbarmungswürdigen Opfern waren auch Frauen und Kinder. Zwei BKA-Führer waren Angehörige von Standgerichten oder SS- und Polizeigerichten. Annähernd jeder Dritte gehörte der Gestapo an, womit die in der Fachliteratur überwiegend vertretene Meinung widerlegt ist, dass wenigstens den Angehörigen der Geheimen Staatspolizei – von Einzelfällen abgesehen – der Zugang in Führungspositionen der Nachkriegspolizei versperrt blieb. Zwei dieser späteren BKA-Führer wurden (im Ausland) verurteilt, alle anderen blieben straflos, überstanden schadlos disziplinäre Überprüfungen und gingen als Räte oder Direktoren in allen Ehren in Pension. Sie haben sich nie distanziert oder Reue gezeigt, schon gar nicht Trauer.

Zieht man eine Bilanz, dann gelten die „alten Nazis“ in der Polizei – bis heute – als rehabilitiert. Sie schwuren nie ihrer Gesinnung ab, vielmehr schlüpfen sie gleich zu Anfang durch die nicht ernsthaft betriebene „Entnazifizierung“ und wurden als „entlastet“ eingestuft.

Paul Dickopf, der Architekt des BKA und spätere BKA-Chef (1965 bis 1971) und Interpol-Präsident (1968 bis 1972), wurde 1943 von Abwehrchef Canaris als Doppelspion in der Schweiz eingesetzt. Nach dem Krieg gab sich der ehemalige Kriminalkommissar und SS-Untersturmführer als Widerstandskämpfer aus und agierte als CIA-Agent, der das Vertrauen der amerikanischen Besatzungsmacht genoss. Einer seiner Vertreter im BKA war der ehemalige Kriminalrat und SS-Sturmbannführer Dr. Bernhard Niggemeyer. Er hatte während der Kriegsjahre die Funktion eines Leitenden Feldpolizeidirektors in Russland inne, und seine von ihm verfassten Tätigkeitsberichte beweisen, dass unter seiner Dienst- und Fachaufsicht massenhafte Exekutionen begangen wurden. Der andere Vertreter des BKA-Präsidenten, Rolf Holle, gehörte bereits vor der Machtübernahme dem NS-Schülerbund und danach der SA Standarte Leipzig an. Als er sich 1939 zum polizeilichen Kolonialdienst bewarb, bat der SS-Hauptsturmführer, der offenbar die Weltmachtansprüche des Regimes verinnerlicht hatte, nach seiner Ausbildung in Deutsch-Südwestafrika oder in der Südsee eingesetzt zu werden.

Die Alliierten ermächtigten Dickopf, ab 1951 ausschließlich ehemalige Angehörige der NS-Sicherheitspolizei für das BKA zu rekrutieren, denen er dort Unterschlupf verschaffte. Auf etwas mehr als 300 Planstellen bewarben sich bis Mai 1951 etwa 8000 ehemalige Mitglieder der Gestapo, des Sicherheitsdienstes (SD) oder der NS-Kriminalpolizei. Das waren fast ein Drittel des gesamten Berufsstandes. So gut wie alle waren Angehörige der NSDAP und der SS gewesen und hatten ihr Handwerk unter Himmler und Heydrich gelernt. Auf diese Weise wurde der Cheffahnder des Reichskriminalpolizeiamtes Cheffahnder des BKA, wie u.a. auch der oberste Biologe, der Leiter der Personenfeststellungszentrale oder der führende Kriminaltechniker in ungebrochener Kontinuität ihre Chefessel

tauschten. Ausdrücklich verzichtete damals das Bundesinnenministerium auf eine Ausschreibung aller BKA-Stellen, da man ja über genügend qualifizierten Nachwuchs verfüge, wobei anzumerken ist, dass auch die Ministerialbürokratie von ehemaligen Nationalsozialisten durchseucht war.

Das Reichskriminalpolizeiamt war identisch mit dem Amt V des Reichssicherheitshauptamtes, der Terrorzentrale in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße. In Organisation und Arbeitsweisen, fachlichen Richtlinien und dem fast identischen Formularwesen machte Dickopf das BKA zum Abklatsch des Reichskriminalpolizeiamtes unter Ausklammerung der Positionen, die in einem Rechtsstaat unmöglich hätten übernommen werden können. Die neu geschaffene „Sicherungsgruppe“ des BKA versuchte schon in den fünfziger Jahren, ihre Kompetenzen auf dem Gebiet der politischen Kriminalität ständig zu erweitern und die Abgrenzung zwischen Polizei, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst zu verwischen.

Der Geist der alten Nazi-Seilschaften weht in manchen Bereichen noch immer im BKA. Die Führungsstrukturen sind heute oft so autoritär ausgeprägt wie damals: Vorgesetzte behalten Herrschaftswissen für sich, behandeln Untergebene arrogant und schirmen sich nach außen ab. Die mangelnde Distanz zu Unrechtsstaaten hatte Dickopf aufgebaut, seinem Beispiel folgend werden weltweit begangene Menschenrechtsverletzungen immerfort ignoriert, denn das tabuisierte Wort Folter fällt auf keiner Interpol-Konferenz – stattdessen werden Diktaturen durch BKA-Entwicklungshilfe noch effizienter gemacht. Der BKA-Nachwuchs lernt von Generation zu Generation, dass der Feind links von der eigen definierten Mitte liegt. So ist es stringent, dass das BKA jahrelang rechtsextreme Gewalt verharmloste, eigenen Personaleinsatz auf ein Minimum beschränkte und Opferzahlen klein redete. Obwohl zwischen 1990 und 2000 durch Rechtsterrorismus 93 Menschen ihr Leben verloren, hatte das BKA aufgrund eingestandener „Erfassungsdefizite“ weder diese Straftaten alle registriert noch rechtzeitig Bekämpfungsstrategien entwickelt – ein Beweis, wie halbherzig man dieser Kriminalität entgegenarbeitet.

Bereits im April 2000 genehmigte Bundesinnenminister Schily für das Buchprojekt Akteneinsicht im BKA. Autor Dieter Schenk hat jedoch bis zum Abschluss des Buchmanuskriptes kein Blatt eines Schriftstückes aus dem BKA zur Kenntnis nehmen dürfen. Dies verhindert ein Korpsgeist, der innere Demokratie und Transparenz nicht will. Man scheint eine Mauer des Schweigens errichten und sich trotz entgegengesetzter Ankündigungen in falsch verstandener Loyalität schützend vor die ehemaligen Nazi-Kollegen stellen zu wollen.

Das BKA nahm bisher gegenüber Medien zum Buch keine Stellung mit dem Hinweis, es enthalte „im wesentlichen bekannte Tatsachen“. Die Amtsleitung zeigt bisher keine Neigung, sich offiziell von den ehemaligen Nazi-Kollegen zu distanzieren. Und die Beantwortung der Kleinen Bundestags-Anfrage gipfelt in der Behauptung der Bundesregierung: „Das BKA hat keine nationalsozialistische Vergangenheit, weil es 1951 gegründet wurde.“

Tobias Baur

Dieter Schenk, *Auf dem rechten Auge blind – Die braunen Wurzeln des BKA*, Verlag Kiepenheuer und Witsch, September 2001, gebunden, 372 Seiten, DM 44,90

Max Kruse, Im weiten Land der Zeit.

Vorbemerkung: Max Kruse ist Autor zahlreicher Bücher für Jung und Alt; insbesondere die Kinder- und Jugendbücher sind z.B. über die „Augsburger Puppenkiste“ weithin bekannt geworden (zum Beispiel „Der Löwe ist los“, „Urmel aus dem Eis“). Daneben erschienen aus seiner Feder auch Reisebücher sowie drei lesenswerte Autobiographien der Vor- und Nachkriegszeit, die der Autor als Sohn Käthe Kruses erlebte („Die versunkene Zeit“, „Die behütete Zeit“, „Die verwandelte Zeit“). Zum achtzigsten Geburtstag Max Kruses erschien kürzlich eine zweibändige Kassette des Werkes, in dem der Autor die Kulturgeschichte der Menschheit Revue passieren lässt. Die drei jugendlichen Protagonisten erleben in einem virtuellen Freizeitpark eine Reise durch die Menschheitsgeschichte in zwölf Tagen. Das Buch ist vor allem für Jugendliche (und Junggebliebene) geschrieben. An Stelle einer Besprechung des über 1.000 Seiten starken Werkes drucken wir mit freundlicher Genehmigung des Autors einen Abschnitt aus dem „Nachwort, das gleichzeitig ein Vorwort ist“. Der Auszug ergibt eine knappe Bilanz der Kulturgeschichte aus humanistischer Sicht im besten Sinne.

Tobias Baur

[...] Es zeigt sich eben auch, wie wir uns bis heute nicht aus steinzeitlichen Verhaltensformen befreien konnten: Schon damals eilten Waffentechnologie und Zerstörungstrieb der Moral weit voraus. So ist es geblieben, so scheint es zu bleiben. Denn wir brauchen die Moral höchstens bei anderen, zu unserem Schutz. Zum Überleben waren unseren Vorfahren in grauer Vorzeit Grausamkeit und Aggression viel wichtiger. Das ist nicht unsere Schuld, es ist die Beigabe der Natur, die uns in eine so harte Umwelt hineinschuf. Um darin zu überleben, entwickelten wir Verstand und Erfindungsgeist. Heute müssen wir dagegen eine sehr hochentwickelte, ganz selbstverständliche, das heißt beinahe instinktiv funktionierende Ethik haben. Aber woher sollen wir diese so schnell schaffen? Der Blick der Religionen auf das Jenseits hilft dabei nicht. Die Welt, die der Mensch sich schuf, ist heute ein Szenarium, in dem er nur noch moralisch agieren dürfte, unter Schonung der Mitmenschen, der Pflanzen, Tiere und der Atmosphäre – alles im weitesten Sinne. Aber er wusste bis heute nicht, dass er die Moral notwendig brauchen würde, um selbst überleben zu können. Noch immer bewegt er sich wie der Urmensch mit der Keule, stampfend und grölend, um sich schlagend, raubend, mordend und erpressend, vernichtend und zerstörend; hängt Schamanen und jeglichem Aberglauben an, in einem Lebensraum, der nur auf die allersensibelste Weise im Gleichgewicht erhalten werden könnte – und nun hat er nicht nur Keulen, er hat Panzer, Flugzeuge, Atomwaffen. Jeder Narr kann heute die Welt in die Luft sprengen. Und er wird es tun, weil fast alle Menschen Narren sind. Das alles noch ohne jede Erwähnung der ökologischen Keulen, mit denen wir uns schlagen.

[...] Wir sind die erste Generation, deren Blick weiter in die Vergangenheit zurückgeht als der jeder anderen Generation vor uns. Unsere Generation ist ebenso die erste, die die Weltkugel frei im Raum schwebend sehen kann: Muss das nicht unser Denken – und was noch viel wichtiger ist – unser Empfinden verändern? Bisher konnten wir es uns nur vorzustellen

versuchen – unsere Sinne blieben noch auf der Erde. Jetzt ist das anders – und die Bilder von der Erde aus der Umlaufbahn kann nun jeder sehen, wie auch die Bilder aus dem Kosmos, die von unseren Satelliten fotografiert werden! Ebenso sind wir die erste Generation, die an der Wende steht und die weiter in die Zukunft blicken muss als jede andere vor uns. Denn alle konnten leben, ohne die Folgen ihrer Taten zu bedenken. Aber wenn wir es nicht tun, verspielen wir jede Chance. Und außerdem sind wir sicher auch die erste Generation, die so weit in den Weltraum und zum Beginn des Universums schauen kann, dass wir dahinter andere Universen ahnen. (Die Mehrzahl ist kein Druckfehler.) Nun gut, in dieser Wissenschaft werden uns künftige Generationen mit Sicherheit weit übertreffen, aber auch sie werden die letzten Geheimnisse nicht lösen, und sie würden erst gar nicht dazu kommen, es zu versuchen, wenn wir ihnen die Lebensgrundlagen zerstören.

[Ich möchte ...] auch zeigen, wie sich der Mensch eingerichtet hat auf unserem Planeten, wie er versuchte, sich von der Fron und Last der Arbeit zu befreien, sich das Leben immer angenehmer zu gestalten, wie er sich der Kunst zuwandte, sein Leben verschönerte und mit neuen Inhalten versah. Wie er Religionen erfand, wie er sich über die Welt und sein Leben Gedanken machte und beide philosophisch zu durchdringen versuchte, wie er schließlich in immer weitere Erkenntnisräume vorstieß und dies wohl auch nicht aufgeben wird, mag es nun zu seinem Vorteil oder Nachteil sein. Ich wünsche mir, dass man auch das Wunder Mensch empfinden kann – dieses Herkommen aus dem Meer, aus dem Tierreich, aus der Urzeit, aus der Eiseskälte – all das, was er war, was er aufbaute, dachte, schuf ... die verschiedenen Kulturen, die unterschiedlichen Lebensformen, den Abwechslungsreichtum seiner Geschichte ... anders und vielleicht stärker, als er es vorher empfunden hat. Vielleicht ist es sogar den Tod wert, einmal hier gewesen zu sein!

Zurück zu meinem Buch. Jeder weiß, dass die politische Geschichte der Menschheit eine Chronik des Machtstrebens, des Egoismus, der Grausamkeit ist. Ich möchte zeigen, dass ihre kulturelle Entwicklung genauso mit dem Denken der Menschen verknüpft ist wie mit ihren Religionen – und/oder umgekehrt. Sogar die Geschichte der Wissenschaft ist es, weil sich die Erkenntnisse aus den Religionen entwickeln, sich zum Teil gegen ihren Widerstand, gegen Inquisition und Scheiterhaufen durchsetzen müssen. Der mittelalterliche Mensch wusste fast nichts von sich selbst, von seiner Seele oder seinen Organen, er wusste fast nichts von der Natur und ihren Grenzen – angesichts des gewaltigen Wunders, als das er sich selber empfinden musste, und angesichts der Wunder, die er um sich her gewahr wurde, blieb ihm – wenn er überhaupt erkennender geistiger Regung fähig war (nämlich des Erkennens eben dieses Wunderbaren) – nur der Glaube. Wir modernen Menschen wissen – an ihm gemessen – viel. Wir haben aber auch noch tiefer begriffen, wieviel wir noch nicht wissen (und nie wissen können). Wir befinden uns in einem Zwischenreich, in einem Dämmer der Erkenntnisse, von denen manche heller werden, manche nur schwach

Fortsetzung auf Seite 19

Fortsetzung von Seite 18

leuchten, andere ganz im Dunkel liegen. In diesem Zwischenreich schwanken auch wir zwischen Glauben und Zweifel, zwischen Erkennen und Ahnen, zwischen Zuversicht und tiefer Mutlosigkeit. Wie stark die christliche Religion – im Guten wie im Bösen – mit dieser Entwicklung verknüpft ist, das ist mir bei der Arbeit immer klarer geworden, deutlicher, als ich es zuvor geahnt hatte. Das erklärt den breiten Raum, den die Religion einnimmt. Freilich nicht nur das, sondern auch das Wissen, wie sehr der junge Mensch, wie sehr wir alle von der Frage nach den letzten Dingen umgetrieben werden. Ich hoffe meine Meinung dazu klar genug ausgedrückt zu haben, Argumente und Gegenargumente, will aber noch einmal betonen, wie sehr mich das Umsichgreifen von Aberglauben, Sekten, religiösem Fundamentalismus und Esoterik – der Namen wäre kein Ende – beunruhigt. Wir mögen uns noch so sehr anstrengen, die realen Dinge zu ordnen, finden wir nicht zur Vernunft, ist alles vergeblich. Ich vermag daher die zur Mode gewordene Vergötterung der Phantasie auch nicht zu teilen. Wir haben genug von Illusionisten und phantasievollen Verführern.

Die ganze Entwicklung der Menschheit ist die Geschichte einer Suche nach Erleichterung, geradezu eine Sucht danach. Das Gegenteil eine Suche nach Anstrengung, hat es noch nie gegeben, es sei denn bei einigen Einzelnen. All unser Bemühen

ist auf mehr Erleichterung, auf mehr Genuss gerichtet. Warum sind wir so programmiert? – Eine Welt, in der die Anstrengung als Genuss empfunden wird, scheint undenkbar zu sein.

Eine nicht zu beantwortende Frage zum Schluss: Begegneten wir unserer Erde in nur hunderttausend Jahren wieder, – was für eine lächerlich geringe Zeitspanne – was würde dann vom menschlichen Leben, von allen Bemühungen, allem Hass, Kampf, unseren Leidenschaften und von unserem Lieben noch übrig geblieben sein? Hunderttausend Jahre? – Vielleicht nur hundert! Könnten wir in die Zukunft sehen, wir würden vielleicht die Augen schließen und schauernd den Tod herbeiwünschen. Wer wird dann im Weltall einmal die faszinierende Geschichte davon erzählen können, wie das Leben innerhalb der Wüstenei der toten Dinge entstand, mit seiner unerklärlichen, unerschöpflichen Vielfalt, der Vielfalt und der Größe des Universums durchaus vergleichbar, ebenbürtig in seinen Formen, Farben, Schicksalen, Höhen, Tiefen, Schmerzen, Freuden, dieses hemmungslos schäumende, sich schließlich selbst verzehrende Leben, dessen Schaumbläschen ein jeder von uns einmal gewesen ist? Wer wird je – und wem – begreiflich machen können, dass „es“ möglich war? **Max Kruse**

Max Kruse, *Im weiten Land der Zeit*. (zweibändige Jubiläumsausgabe: *Im weiten Land der alten Zeit / Im weiten Land der neuen Zeit*) Roman über die Entwicklung der Menschheit im Abendland, Verlag C. Bertelsmann München, 2001, Sonderpreis 25 Euro

Vorgestellt: Stiftung ZURÜCKGEBEN

Seit einigen Wochen ist die Stiftung Zurückgeben zur Förderung jüdischer Frauen in Gestalt der Geschäftsführerinnen Karin Wieckhorst in einem Winkel des Berliner HU-Büros untergekommen. Auf Anregung der stellvertretenden HU-Bundesvorsitzenden Ingeborg Rürup wurde so die Arbeitsfähigkeit der Stiftung erreicht, die als Initiative einiger engagierter Frauen, unter anderen der früheren Berliner Senatorin Hilde Schramm entstanden war. Zu den Beirätinnen zählen die Psychoanalytikerin Dr. Margarete Mitscherlich-Nielsen, die frühere Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main Trude Simonsohn, die Kulturwissenschaftlerin Prof. Dr. Christina von Braun und die Psychologin Prof. Dr. Birgit Rommelspacher. Unsere Büronachbarin stellt sich an dieser Stelle selbst vor:

Die Stiftung Zurückgeben möchte Menschen anregen, die Vorteilsnahme nicht-jüdischer Deutscher aus der Entrechtung, Enteignung, Vertreibung und Ermordung von Bürgern jüdischer Herkunft und jüdischen Glaubens auf sich oder ihre Familiengeschichte zu beziehen.

Hausrat und Wohnungseinrichtungen der Verfolgten wurden auf Aktionen öffentlich versteigert. Anderes wurde von den Nachbarn geplündert. Wertvolle Gegenstände wie Antiquitäten oder Bilder ließ der NS-Staat über den Handel verkaufen. In der Regel sind die ehemaligen Eigentümer nicht mehr zu finden. Nicht wenige profitierten von der „Arisierung“ jüdischen Besitzes oder zogen Vorteile aus den Berufsverboten und gaben die im NS-Staat verbreiteten und unspektakulären Vorteilsnahmen an die Nachgeborenen weiter.

Die Stifterinnen haben durch Zurückgeben eine der möglichen Konsequenzen aus diesem gesellschaftlichen und persönlichen Erbe gezogen. Die Stiftung Zurückgeben, die 1994 in Berlin gegründet wurde, fördert Arbeitsvorhaben von Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens durch Projektzuschüsse und Jahresstipendien, im Wissen um die Zerstörung der Arbeitsmöglichkeiten von jüdischen Frauen und Männern unter national-sozialistischer Herrschaft.

Die Stiftung wurde bisher unterstützt durch:

- Verkauf von Bildern, die während des Nationalsozialismus unter Wert erworben wurden
- Verkauf von Möbeln, die der NS-Staat aus Beständen konfiszierten, jüdischen Eigentums Ausgebombten zur Verfügung gestellt hatte
- Spenden als geschätzten Wertausgleich für Teppiche und eine Vase, die nach dem Hörensagen um 1940 auf Versteigerungen erworben wurden
- Verkauf des Teils der elterlichen Aussteuer, der jüdischen Bürgern gehört hatte
- Spenden wegen der Tätigkeit des Vaters während der NS-Zeit als Industrieller
- Spenden, obwohl in der Herkunftsfamilie keine direkte Vorteilsnahme bekannt ist

Zurückgeben – Stiftung zur Förderung Jüdischer Frauen in Kunst und Wissenschaft, im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, D-10405 Berlin, Tel.: +49 30 - 42 02 26 45, Fax: +49 30 - 20 45 02 57, Mail: stiftung-zurueckgeben@web.de, Spendenkonto Stiftung Zurückgeben: Berliner Volksbank eG, BLZ 100 906 00, Kto. 523 2205 000

BERLIN

Landesgeschäftsstelle der HUMANISTISCHEN UNION
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin,
Telefon: 030/204 2504 (Mo 10 - 15 Uhr und Mi 16 - 20 Uhr)
e-mail: post@bu-bb.de, Internet: http://www.bu-bb.de

- **Achtung, neue Bürozeiten der Landesgeschäftsstelle Berlin:** montags 10 bis 15 Uhr und mittwochs 16 bis 20 Uhr.
- Die gemeinsam mit der *Liga für Menschenrechte*, der *Stiftung Haus der Demokratie* und der Zeitschrift *Ossietzky* organisierte Reihe „Republikanischer Vespere“ wurde auch in diesem Jahr fortgesetzt. Den Auftakt bildete am 31. Januar eine gut besuchte Veranstaltung zur Situation in den Berliner Gefängnissen. Unter der Frage „Keine Besserung in Sicht?“ waren Christoph Flügge (Berliner Senatsverwaltung für Justiz), Friederike Kyrieleis (Berliner Vollzugsbeirat) und zahlreiche InteressentInnen aus der Gefangenenarbeit eingeladen worden, um über die immer schwierigeren Haftbedingungen in den Berliner Vollzugsanstalten zu diskutieren. Auf der Vesper am 28. Februar wurde ausgehend von der Erfahrung, dass die Strategie einer Deregulierung der Arbeit bisher das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen konnten, alternative arbeitsmarktpolitische Modelle diskutiert. Die Grenze des gegenwärtig Machbaren und mögliche Perspektiven der Beschäftigungspolitik stellten das HU-Beiratsmitglied Prof. Dr. Karl-Georg Zinn (RWTH Aachen), Oswald Metzger (Bündnis 90/Die Grünen) und Marion Drögsler (Berliner Arbeitslosenverband) vor. Die Vesper im März widmete sich dem von der HU unterstützten Personenbündnis für einen polizei- und gewaltfreien 1. Mai in Berlin-Kreuzberg. Innensenator Körting bekundete grundsätzlich seine Sympathie für das Konzept, wollte aber keine „polizeifreie Zone“ zusagen. Peter Grottian (Komitee für Grundrechte), einer der Initiatoren des Bündnisses äußerte sich angesichts jüngster Entwicklungen skeptisch zum Gelingen des Projekts in der ursprünglich vorgesehenen Form. Weitere aktuelle Informationen im Internet unter: <http://www.erstermai.de>
- Nächste Termine der Republikanischen Vespere (jeweils um 19 Uhr im *Haus der Demokratie und Menschenrechte*):
 - 25. April 2002: „Verfassungsschutz und Neonazis: Wer unterwandert eigentlich wen?“
 - 30. Mai 2002: „Bildung und Chancengleichheit“
- Am 24. April ab 19 Uhr findet unter Beteiligung der HU eine Veranstaltung des Ad-hoc-Bündnisses gegen das freiheitsbeschränkende Terrorismusbekämpfungsgesetz statt, dem inzwischen gut zwei Dutzend Bürgerrechtsgruppen angehören (vgl. gemeinsame Pressemitteilung vom 15.02. in diesem Heft). Informiert und diskutiert wird zu Ergebnissen der durchgeführten Rasterfahndungen sowie zu bekannt gewordenen Beispielen von Diskriminierung. Außerdem wird es Informationen zum unterschiedlichen Stand der Klagen in den Bundesländern geben - einige Gerichte hatten die Rasterfahndung für rechtswidrig erklärt. Im Robert-Havemann-Saal des *Hauses der Demokratie und Menschenrechte* informieren Polizei- und DatenschutzexpertInnen aus erster Hand (Stand Mitte März):
 - Sörke Hilbrans (BAV und DVD): Rasterfahndung
 - Dieter Hummel (VdJ): Sicherheitsüberprüfung in Betrieben und Gewerkschaften
 - Udo Geiger (ttac): Aufweichung des Sozialdatenschutzes
 - Hans Lisker (HU) - angefragt: Welche Erkenntnisse bringen neue Ermittlungsmethoden?
 - Martin Hermskind (Bürgerrechte und Polizei): Racial Profiling

- Weiterhin bereiten wir gemeinsam mit dem *Institut für Recht und Politik* (Jochen Gördeler) eine Tagung zu den völkerrechtlichen Aspekten des Afghanistan-Einsatzes vor. Diese soll im Mai stattfinden. Nach den zahlreichen ad-hoc Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr in den letzten Jahren wird die Notwendigkeit eines politischen Konzeptes und längerfristiger Perspektiven der Bundeswehr im Vordergrund stehen.
- Zu aktuellen Diskussionen und zur Vorbereitung der nächsten Veranstaltungen laden wir alle Mitglieder und Interessierten zu unseren öffentlichen Vorstandssitzungen ein. Die Sitzungen finden alle zwei Wochen (Achtung, neuer Wochentag!) **mittwochs um 18.30 Uhr** statt. Für die nächsten Termine und weitere Nachfragen bitte an die Landesgeschäftsstelle wenden.
- Über Arbeit und Termine des IV informiert auch eine eigene Homepage im Internet, die unter <http://www.bu-bb.de> zu erreichen ist.

BILDUNGSWERK DER HU NRW E.V.

Bildungswerk der HUMANISTISCHEN UNION NRW,
Kronprinzenstr.15, 45128 Essen,
Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05,
e-mail: buero@bu-bildungswerk.de
bzw. vorname.nachname@bu-bildungswerk.de
Internet: <http://bu-bildungswerk.de>

- **Veranstaltungen.** Neben anderen Veranstaltungen (siehe den Überblick in den HU-MITTEILUNGEN Nr.176 vom Dezember 2001) wird in den nächsten Monaten noch angeboten:
 - Die deutsche Besetzung in Italien und der antifaschistische Widerstand 1943 bis 1945 - Bildungsurlaubs-Seminar in Reggio Emilia vom 8. bis 13. September 2002
 - Industriekultur im Ruhrgebiet (II) - Bildungsurlaubs-Seminar an verschiedenen Orten des Ruhrgebietes vom 9. bis 13. September 2002
- **Projekte**
Seit ca. 3 Jahren gibt es einen „Ableger“ des Bildungswerkes der HU NRW, die „wissenschaftlich-pädagogische Arbeitsstelle“. Sie bemüht sich um Recherche- und Forschungsaufträge zu Weiterbildungsfragen und trägt so auch dazu bei, den Trägerverein des Bildungswerkes finanziell zu stabilisieren. Neben Fachtagungen und Arbeiten zur Geschichte der Erwachsenenbildung sind seit 2000 vor allem drei größere Expertisen erarbeitet worden. Heidi Behrens, Paul Cypke und Norbert Reichling schrieben für das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (Frankfurt) eine Studie über „Neue Lernarrangements in Kultureinrichtungen“, deren Kurzfassung dort publiziert wurde und die vollständig im April 2002 als *Book on Demand* erscheint. Das gleiche Team arbeitet derzeit an einer Expertise über „Neue Lernkonzeptionen der 70er und 80er Jahre“ im Auftrag der „Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung“ (Berlin). Heidi Behrens hat außerdem im Jahre 2001 für das nordrhein-westfälische Landeszentrum für Zuwanderung (LZZ) ein Gutachten erstellt zum Thema „Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“. Außerdem wurde und wird 2001/2002 eine Reihe von Multiplikatorenfortbildungen mit Förderung der *Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* durchgeführt: Unter dem Titel „Erinnerungsorte der DDR-Geschichte“ werden Gedenkstätten in Ostdeutschland besucht und auf die dortigen Lerngelegenheiten hin analysiert; 2002 sehen die ehemaligen sowjetischen Internierungslager Fortsetzung auf Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

Fünfeichen und Sachsenhausen sowie die Berliner Gedenkstätten Bernauer Straße und Marienfelde zur Diskussion. Im Rahmen dieses Projekts – gemeinsam mit dem Schweriner Verein „Politische Memoriale“ getragen – wurde auch das Bildungsangebot zur DDR-Geschichte in nordrhein-westfälischen und mecklenburg-vorpommerschen Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen untersucht.

Als Resultat einer „reisenden Tagung“ des Bildungswerks im Jahr 1999 erschien Ende 2001 der Sammelband „Zwischen Emanzipation und besonderer Kulturaufgabe der Frau“ - Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung“, hrsg. von Paul Ciupke und Karin Derichs-Kunsmann, im Essener Klartext-Verlag.

- **Politische Philosophie und die Menschenrechte – ein (Lektüre) – Seminar vom 22. bis 24. Mai 2002 in der Heimvolkshochschule Haus Ohrbeck bei Osnabrück**

Die alten traditionsverbürgenden und bindenden Religionen, Bewegungen und Milieus verlieren immer mehr ihre Anziehungskraft. Was bleibt jenseits der schönen Konsumwelt als begründender philosophischer und politischer Horizont. Wir wollen alte und neue Schulen der politischen Philosophie vorstellen und daraufhin befragen, inwieweit sie in der Lage sind, politische Selbstverständnisse und Programmatiken zu begründen, dazu zählen u.a. der Kommunitarismus, der Pragmatismus und die Diskursethik. Der wesentliche Bezugspunkt wird die jeweilige Auffassung von den Menschenrechten sein.

Referent: Dr. Bernd Ladwig (Universität Magdeburg)

Teilnehmende: Dies Seminar steht offen für alle, die sich für die Thematik interessieren. In besonderer Weise wollen wir LehrerInnen, ErwachsenenbildnerInnen und politisch Aktive ansprechen.

Kosten: 50 Euro, Übernachtung im DZ, ohne Anreise

Anmeldung und Informationen über das Bildungswerk der HU-NRW.

(Eine Kooperationsveranstaltung von: Bildungswerk der HU-NRW, Kreisvolkshochschule Viersen und Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen)

- **Niederländer – Juden – Deutsche. Spurensuche in Amsterdam**

Die Zeit der Besatzung durch NS-Deutschland ist in den Niederlanden in lebendiger Erinnerung geblieben, unter der Oberfläche eines guten nachbarschaftlichen Verhältnisses wirken die Erfahrungen von Besatzungsunrecht, Deportation und Widerstand heftig nach. Wir wollen in Amsterdam einschlägige Gedächtnisorte wie das Anne-Frank-Haus, das Nationaldenkmal und das Jüdische Museum aufsuchen und mit niederländischen Partnern über die Differenzen des Erinnerens sprechen.

Termin/Ort: 27. bis 29. 5. 2002 in Amsterdam

Leitung: Sandra Schubert/Alexandra Paufler

Kosten: 100 Euro (ohne Anreise, Übernachtung im DZ, Frühstück, Eintrittsgebühren)

Anmeldung und Informationen über das Bildungswerk der HU-NRW.

- **Reformbewegungen im 20. Jahrhundert**

Das 20. Jahrhundert ist von vielen Reformbewegungen geprägt worden, die wir im Rahmen dieses Seminars vorstellen und vergleichen wollen: Die Jugendbewegung zu Beginn des Jahrhunderts mit Ausläufern bis in die 50er/60er Jahre, die Arbeiterbewegung mit einem das ganze Jahrhundert prägenden Programm, die Protestbewegung 1968 mit internationalen Dimensionen, die Frauenbewegung und schließlich die Friedens- und Ökologiebewegung.

In diesem Rahmen wollen wir die Besonderheiten der Bewegungen, ihre Ziele, ihr besonderes Subjekt- und Gesellschaftsverständnis, aber auch die Gemeinsamkeiten erinnern und an vielfältigem Material herausarbeiten.

Termin: Sonntag, der 23. bis Freitag, 28. Juni 2002

Ort: Volkshochschulheim Klappholtal - Akademie am Meer, List/Sylt (Das Volkshochschulheim ist eine Gründung der Jugendbewegung und liegt abseits aller Orte in den Dünen Sylts direkt am Meer.)

Referent: Prof. Dr. Arno Klönne

Leitung: Paul Ciupke, Dr. Birgit Meyer Ehlert

Kosten: 320 Euro (Übernachtung im DZ, Vollpension, ohne Anreise)

Anmeldung und Informationen über das Bildungswerk der HU-NRW.

- Weitere Hinweise und Links auf der Webseite des Bildungswerkes unter „Projekte“ und „Publikationen“! (Adresse siehe oben).

LANDESVERBAND NRW

Landesverband NRW der HUMANISTISCHEN UNION,

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen,

Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05

e-mail: hu.bildungswerk@cityweb.de

- Der HU-Landesverband und der Ortsverband Essen laden alle interessierten Mitglieder zu einer Vorbesprechung des HU-Verbandstages ein, der Ende Juni in Düsseldorf stattfinden wird. Wo und wann?: HU-Büro, Kronprinzenstr. 15, Essen, am 6. Juni 2002 um 18 Uhr.

- die Arbeitsgruppen im nordrhein-westfälischen Landesverband der HUMANISTISCHEN UNION (Interessierte sind willkommen!):

Arbeitskreis „Staat und Kirchen“

Der „Arbeitskreis Staat und Kirchen“ beschäftigt sich schon länger mit dem Schulfach „Praktische Philosophie“ und demnächst mit dem Islamunterricht in NRW. Kontakt über Ulrich Gehl, Tel. und Fax: 0234-287 82 07 oder über das Landesverbands-Büro (Adresse siehe oben).

Arbeitskreis „Kommunale Beteiligung“

Der Arbeitskreis „Kommunale Beteiligung“ wurde angeregt durch die Delegiertenkonferenz 1999 und diskutiert neue Formen kommunaler Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten.

- Weitere Informationen und Kontakt – auch für Interessierte aus anderen Bundesländern (Adresse siehe oben).

ESSEN

Büro Essen der HUMANISTISCHEN UNION,

Telefon: 0201/22 89 37, Fax 0201/23 55 05 oder

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen

- Der Essener Ortsverband der HU hielt am 5. März seine Mitgliederversammlung ab, diskutierte Themen seiner weiteren Arbeit in NRW und wählte seinen Vorstand. Es bestand Einigkeit, daß der OV im bisherigen bescheidenen Rahmen als Kommunikationsgelegenheit für die Mitglieder des Ruhrgebietes weiterbestehen soll und darüber hinaus nur sporadisch aktiv werden kann.

In den Vorstand des Ortsverbands wurden wiederum Norbert Reichling und Heidi Behrens gewählt. Die Anwesenden diskutierten vor allem verbandsinterne Themen der HU und verabredeten, am 6. Juni 2002 alle Interessierten und Kontaktpersonen aus NRW zur Vorbereitung des HU-Verbandstages nach Essen einzuladen (s. oben beim Landesverband).

- Weitere Informationen und Kontakt – auch für Interessierte aus anderen Bundesländern (Adresse siehe oben).

DÜSSELDORF

Ortsgruppe Düsseldorf der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Hildegard Beine, Bankstraße 42, 40476 Düsseldorf,
Telefon: 0211/491 16 78 oder
c/o Reinhard Mokros, Thomas-Mann-Str. 25,
41068 Mönchengladbach, Telefon: 02161/52 104

- Der diesjährige **Verbandstag der HU** findet von 21. bis 23. Juni in Düsseldorf statt (siehe hierzu die Ankündigung vorn). Gesucht werden noch helfende Hände und Übernachtungsgelegenheiten, wer dazu beitragen mag, bitte melden bei Hildegard Beine (s.o.)
- Die Ortsgruppe trifft sich an jedem zweiten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Bürgerhaus „Salzmannbau“, Raum 106, Himmelgeister Str.107, 40225 Düsseldorf. Die nächsten Termine sind voraussichtlich der 08. April, 13. Mai, und 10. Juni. Terminänderungen sind jedoch möglich, bitte erkundigen. Wir freuen uns über alle HU-Mitglieder und Gäste, die mit uns bei den monatlichen Montagstreffen diskutieren möchten. Themenvorschläge sind immer willkommen!

FRANKFURT / MAIN

Ortsverband Frankfurt der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o OV-Vorsitzender Klaus Scheunemann, Telefon: 069/52 62 22

- Vorschläge zur Themenplanung sind willkommen, Termine bitte erfragen über Klaus Scheunemann.

HAMBURG

Landesverband Hamburg der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Hauke Borchert, Telefon: 040/739 51 34

- Die genauen Termine und Orte der z.Zt. alle ein bis zwei Monate stattfindenden Treffen des Landesverbandes Hamburg sind zu erfragen über Hauke Borchert (Adresse siehe oben). Um rege Beteiligung wird gebeten!

MAINZ-WIESBADEN

Ortsverband Mainz-Wiesbaden der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o OV-Vorsitzender Hans-Peter Terno, Wallaustrasse 37, 55118 Mainz,
Telefon: 06131/61 86 26 (priv.) und 06131/146 74 53 (dienstl.)

- Der Ortsverband ist nach dem berufsbedingten Rückzug des langjährigen Ansprechpartners Hans-Peter Terno verwaist. Ein/e Nachfolger/in hat sich leider derzeit noch nicht finden lassen. Interessierte sind gebeten, sich mit der HU-Bundessgeschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

MARBURG

Ortsverband Marburg der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Franz-Josef Hanke, Furthstr. 635037 Marburg,
Telefon: 06421/666 16
e-mail: ortsverband@bu-marburg.de
Internet: <http://www.bu-marburg.de>

- Eine Veranstaltung zur Rasterfahndung plant der HU-Ortsverband Marburg für Anfang Mai. Der Diskussionsabend beginnt um 20 Uhr. Der Ort steht noch nicht fest. Als Redner ist der Marburger Rechtsanwalt Dr. Peter Hauck-Scholz angefragt. Außerdem wird Petra Schmittner (Universität Marburg) über ihre Aktivitäten zum Thema informieren: Die Meldebehörde der Stadt Marburg hat im November aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Wiesbaden die Daten von 4.500 MarburgerInnen an das Landeskriminalamt weitergeleitet. Die Marburger Philipps-Universität hatte dem LKA aufgrund desselben Beschlusses Anfang Oktober Daten von rund 300 Studierenden zur Verfügung gestellt
- Treffen: am jeweils letzten Dienstag jedes Monats um 20 Uhr findet im Bistro „Rendezvous“, Frankfurter Straße 2a, der offene Stammtisch des HU-Ortsverbandes Marburg statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich an den Diskussionsabenden zu beteiligen.
- **Diskussionskreis „Humanismus, Bürgerrechte, Friedensarbeit“**
Wer über einen Online-Anschluss verfügt, der kann auch an dem neuen Diskussionskreis teilnehmen. Die Debatten zu HU-Themen werden über eine Mailingliste im Internet geführt. Leiter des Arbeitskreises ist Hans Rink. Interessierte wenden sich bitte per e-Mail an: rink@hu-marburg.de oder tragen sich in die Liste ein unter <http://www.bu-marburg.de/bbf>

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Landesverband Niedersachsen
c/o Ute Kühling, Lister Straße 21, 30163 Hannover
Tel.: 0511/3946942

- **Matinee aus Anlass des 10. Todestages von Werner Holtfort**
Aus Anlass seines zehnten Todestages treffen sich politische Weggefährten in Gedenken an Dr. Werner Holtfort im Hannoveraner Leibnizhaus (Holzmarkt). Holtfort zu Ehren wird ein (bürger-) rechtspolitisches Rundgespräch veranstaltet am **Samstag, den 13. April ab 11 Uhr**. Für weitere Angaben Hinweis im redaktionellen Teil beachten.
- Für nähere Informationen werden die niedersächsischen Mitglieder vom Interims-Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen gesondert informiert. Rückfragen bitte an Oda Cordes oder Ute Kühling (Adresse siehe oben).

REGIONALVERBAND NORDBAYERN

Regionalverband Nordbayern / OV Nürnberg
c/o Irene Maria Sturm, Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf,
Telefon: 09431/42348 (Telefax: -42954), e-mail: i.sturm@sadnet.de
oder c/o Sophie Rieger, Günthersbühlerstr. 38, 90491 Nürnberg,
Telefon: 0911/59 15 24

- Keine neuen Meldungen.

HUMANISTISCHE
emanzipatorisch - radikaldemokratisch - unabhängig
UNION

RV MÜNCHEN SÜDBAYERN

RV München - Südbayern der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o W. Killinger, Paul-Hey-Str. 18, 82131 Gauting,
Telefon: 089/850 33 63, Telefax: 089/89 30 50 56,
e-mail: w.killinger@link-m.de

- Das neue Jahr eröffneten wir mit einer Serie von Veranstaltungen, die großes Interesse fanden:

„Sicherheit durch Überwachung? – Die geplante Anti-Terror-Gesetzgebung auf dem Prüfstand“

Informationsveranstaltung mit den Rechtsanwälten Werner Leitner und Hubert Heinhold am 5. Februar im Eine-Welt-Haus in München. Jennifer Clayton-Chen berichtet darüber auf Seite 15.

„Auf dem rechten Auge blind: Die braunen Wurzeln des BKA“, Autorenlesung mit Dieter Schenk und Diskussion am 6. Februar in der Seidlvilla in München. Siehe dazu den Bericht auf Seite 16.

„Durch ein Nadelöhr nach Deutschland – Das neue Zuwanderungsgesetz“

Informationsveranstaltung mit RA Werner Dietrich (HU und Stiftung Kolibri) und Dr. Helmut Graf (Bayer. Innenministerium) am 26. Februar in der Seidlvilla in München. An dieser Veranstaltung sind mehrere Dinge bemerkenswert; Erstens: ein Vertreter der Bayer. Staatsregierung spricht auf einer öffentlichen HU-Veranstaltung, ein seltenes Ereignis! Zweitens: wichtige Erkenntnisse der Ausländerbeauftragten Beck (Bericht vom 13. Februar 2002) werden in der öffentlichen Diskussion der Zuwanderungsproblematik nicht zur Kenntnis genommen. Beispielsweise die „Nachzugskinder“: Das Potential der im Ausland lebenden Kinder beträgt nur etwas mehr als 1 Prozent der schon in Deutschland befindlichen. Drittens: Es wurde nicht plausibel, wie das Konzept der CSU, nämlich praktisch keine Zuwanderung, Erhöhung der Geburtenrate der Inländerinnen (öffentliche Mittel für zum Beispiel Ganztagsbetreuung der Kinder fehlen) und Druck auf die Arbeitgeber, mehr Arbeitslose (vor allem Ältere) einzustellen, realisiert werden kann.

Die Veranstaltung wurde unterstützt von: *Republikanischer Anwälten- und Anwälteverein (RAV)*; *Initiative Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger*

„Das christliche Kreuz im öffentlichen Raum – Erfahrungen mit dem Schulkreuz“

Diskussionsveranstaltung mit dem Lehrer Dr. Konrad Riegenmann am 4. März im Gasteig in München. Er hat nach einem mehrjährigen Rechtsstreit mit dem Freistaat Bayern erreicht, daß in seinen Klassenzimmern die Kreuze abgehängt werden müssen. Dr. Riegenmann hat damit ein Grundurteil erstritten, das von weitreichender Bedeutung ist, vor allem für die Religionsfreiheit im öffentlichen Dienst.

Veranstalter waren der *Bund für Geistesfreiheit München* und die HU München-Südbayern.

- Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz am 1. und 2. Februar warnten wir vor Überreaktionen der Sicherheitsbehörden (siehe Pressemitteilung auf Seite 10), leider vergebens, wie sich dann zeigte. Gemäß der Devise „Wehret den Anfängen“ werden wir uns mit dieser Affäre noch weiter befassen.
- Unsere weiteren Planungen befassen sich mit Projekten wie:
 - Korruption, Whistleblowing und freier Informationszugang,
 - Justizopfer des kalten Krieges im Westen und ihre Rehabilitation,
 - Preisverleihung „Aufrechter Gang“.Zu diesen Veranstaltungen wird zu gegebener Zeit eingeladen.

- Die Sitzungen des RV-Vorstandes finden regelmäßig einmal im Monat statt und sind Vereinsöffentlich.
- Wir bieten an, HU-Nachrichten per E-mail an Mitglieder und Interessierten zu versenden. Wer diesen Dienst nutzen möchte, wird gebeten, eine entsprechende Mitteilung an w.killinger@link-m.de zu senden.

BILDUNGSWERK DER HU BAYERN

Bildungswerks der HUMANISTISCHEN UNION Bayern e.V.,
c/o Johannes Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing,
Telefon: 089/854 26 09

- Genauere Angaben zu Ort und Terminen der Treffen des Bildungswerkes der HUMANISTISCHEN UNION Bayern erfahren Sie über Johannes Glötzner (Adresse siehe oben).

KONTAKTADRESSE STUTTGART

Jürgen Kirschner
Schönauer Straße 17, 70569 Stuttgart,
Telefon und Fax: 0711/538899
e-mail: HuStuttgart@aol.com

- Die derzeit noch eher virtuelle Kontaktadresse Stuttgart ist erreichbar über das HU-Mitglied Jürgen Kirschner, bevorzugt am Wochenende nachmittags oder am frühen Abend.

Hinweis: HU-AK-Sexualstrafrecht

Der AK Sexualstrafrecht trifft sich weiterhin regelmäßig im HU-Bildungswerk Nordrhein-Westfalen, Kronprinzenstraße 15, Essen. Die Treffen finden etwa alle 2 bis 3 Monate statt. Weiterhin sind alle HU-Mitglieder gern zum Mitmachen eingeladen. Wer Einladungen erhalten möchte, wende sich bitte an den HU-AK Sexualstrafrecht, Postfach 102543, 33525 Bielefeld, E-Mail: hu-aks_sprecher@gmx.net, Sprecher des Arbeitskreises ist Steve Schreiber. Das nächste Treffen des AK Sexualstrafrecht wird am 13. April 2002 um 13.30 Uhr im Bildungswerk der HU NRW stattfinden. Interessierte melden ihre Teilnahme bitte rechtzeitig vorher unter oben angegebener Adresse unverbindlich an, um Tagesordnung und ggf. Materialien erhalten zu können.

Steve Schreiber

vorgänge Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

Regelmäßige Infos per e-mail

- Ja, ich möchte in den Mailverteiler der *vorgänge* aufgenommen werden und regelmäßig über die Inhaltsverzeichnisse und Aktivitäten der Zeitschrift informiert werden. (Die Redaktion versichert, daß Ihre Angaben streng nach den Richtlinien des Datenschutzes behandelt werden.)

e-Mail-Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

Inhalt (Auswahl) 40. Jahrgang, März 2002, Heft 1

„Rot-Grün – Eine Bilanz“

Editorial:

Albrecht von Lucke:

Etappen eines schleichenden Endes? – Eine kurze Geschichte von Rot-Grün

Franz Walter:

Stillgelegt und ausgebrannt – Die SPD als Kanzlerpartei

Richard Stöss:

Macht u. Identität – Das Dilemma der Bündnisgrünen vor der Bundestagswahl 2002

Achim Hurrelmann:

Von der Alternative zum Korrektiv? – Bündnis 90/Die Grünen als Regierungspartei

Kai-Uwe Hellmann:

Partei ohne Bewegung – Machtgewinn und Basisverlust der Grünen

Gero Meugebauer:

Von wahren und falschen Sozialisten – Die PDS inszeniert sich als bessere SPD

Detlef Sack:

Machtverlust durch Wahlenthaltung? – Risiko für die Rot-Grüne Koalition

Martin Jänicke / Danyel Reiche / Axel Volkery:

Rückkehr zur Vorreiterrolle? – Umweltpolitik unter Rot-Grün

Hans-Jürgen Lange:

Staatsverständnis und Innere Sicherheit – Rot-Grüne Kontinuitäten

Andrea Szukala / Thomas Jäger:

Konzepte für neue Konflikte – Außenpolitisches Krisenmanagement unter Rot-Grün

Anton-Andreas Guha:

„Neue“ Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr

Karl Georg Zinn:

Nicht anders, kaum besser – Rot-Grüne Beschäftigungspolitik

Brigitte Stolz-Willig:

Rot-Grüne Familienpolitik – Richtige Ansätze, wenig Entschlossenheit

Wahied Wahdathagh:

Die unsichtbare Mauer – Ausländerpolitik unter Rot-Grün

Dieter Wunder:

Die Bildungspolitik der Regierung Schröder

Thymian Bussemer / Alexander Cammann:

Über Profis und Primadonnen – Ein aktueller Literaturbericht

Essay:

Axel Schildt:

Aufarbeitung u. Aufbruch – Die NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der 60er Jahre

Kommentare und Kolumnen:

Claudia Fröhlich:

Im Spannungsfeld von Justiz und Politik – Fritz Bauer in den 1960er Jahren

Kritik:

Christof Müller-Wirth:

Das Vermächtnis Fritz Bauers – Eine neue Monographie

Bestellungen über den Verlag Leske und Budrich, Gerhard-Hauptmann-Str. 27,

IMPRESSUM

Verlag: HUMANISTISCHE UNION e.V.

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Telefon: 0 30 / 20 45 02-56, Telefax: 0 30 / 20 45 02-57

Internet: <http://www.humanistische-union.de>

e-mail: hu@ipn-b.de

Redaktion: Tobias Baur (T.B.)

Mitarbeit:

Lea Kehr, Melanie Kleinert, George Koch, Jan Gattnar

Diskussionsteil:

Franz Josef Hanke, Furthstraße 6, 35037 Marburg,

e-mail: diskussionsredaktion@hu-marburg.de

Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten die AutorInnen; Kürzungen bleiben der Redaktion vorbehalten.

Bankverbindung:

SEB AG, Bankleitzahl: 100 101 11, Kontonummer 19 886 698

Satz: ernst. / Jan Gattnar, Berlin

Druck: Grafa Druckerei, Berlin

Erscheinungsweise der MITTEILUNGEN: vierteljährlich
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. Feb. 2002

Redaktionsschluß nächste Ausgabe: 24. Mai 2002

ISSN 0046-824X

vorgänge-Abonnement

vorgänge-Geschenkabonnement

Ja, ich abonniere die vorgänge ab Heft 1/2002 zum regulären Preis von jährlich 36 Euro (vier Hefte, zuzüglich Porto)

Ja, ich abonniere die vorgänge ab Heft 1/2002 zum ermäßigten Preis von jährlich 27 Euro (vier Hefte, zuzüglich Porto)
für Schüler, Auszubildende, Studierende, Wehr- und Ersatzdienstleistende, Arbeitslose; eine entsprechende Bescheinigung liegt bei

Ja, ich verschenke ein vorgänge-Abonnement zum regulären Preis von jährlich 36 Euro (vier Hefte, zuzüglich Porto)

Die Hefte bekommt:

Name: _____ Vorname: _____
Straße, HausNr.: _____ PLZ und Ort: _____

Die Rechnung geht an:

Name: _____ Vorname: _____
Straße, HausNr.: _____ PLZ und Ort: _____

Datum und Unterschrift:
